

Öztürk, Asiye

Working Paper

Der innenpolitische Kontext des außenpolitischen Wandels der Türkei

Discussion Paper, No. 5/2009

Provided in Cooperation with:

German Institute of Development and Sustainability (IDOS), Bonn

Suggested Citation: Öztürk, Asiye (2009) : Der innenpolitische Kontext des außenpolitischen Wandels der Türkei, Discussion Paper, No. 5/2009, ISBN 978-3-88985-458-2, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/199315>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

d·i·e



Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik

German Development
Institute

Discussion Paper

5/2009

Der innenpolitische Kontext des außenpolitischen Wandels der Türkei

Asiye Öztürk

Der innenpolitische Kontext des außenpolitischen Wandels der Türkei

Asiye Öztürk

Bonn 2009

Öztürk, Asiye: Der innenpolitische Kontext des außenpolitischen Wandels der Türkei / Asiye Öztürk. – Bonn : DIE, 2009. – (Discussion Paper / Deutsches Institut für Entwicklungspolitik ; 5/2009)

ISBN: 978-3-88985-457-5

Engl. Ausg. u. d. T.: The domestic context of Turkey's changing foreign policy towards the Middle East and the Caspian Region. – Bonn : DIE, 2009. – (Discussion Paper / Deutsches Institut für Entwicklungspolitik ; 10/2009).

ISBN: 978-3-88985-458-2

Asiye Öztürk ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung III und Abteilung VI des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik. Sie beschäftigt sich mit dem innenpolitischen Wandel der Türkei und seinen Auswirkungen auf die türkische Außenpolitik im Nahen Osten und Kaspischen Raum.

E-Mail: Asiye.Oeztuerk@die-gdi.de.

Für wertvolle Anregungen und Kommentare zu früheren Fassungen dieses Papiers danke ich meinen Kolleginnen und Kollegen am DIE: Dirk Messner, Jörg Faust, Thomas Fues, Waltina Scheumann, Oliver Schlumberger und Jeanne Lätt.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

Zusammenfassung	1
1 Wandel der türkischen Regionalpolitik	3
2 Innenpolitische Neuordnung	6
2.1 Neue Machtzentren und Akteure	8
2.2 Neue institutionelle Kräfteverhältnisse	17
3 Die Türkei, eine Triebkraft für regionale Kooperation?	21
3.1 Die Türkei im Nahen Osten	21
3.2 Die Türkei im Kaspischen Raum	25
4 Fazit	30
Literaturverzeichnis	33

Abkürzungsverzeichnis

AKP	Adalet ve Kalkınma Partisi (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung)
ANAP	Anavatan Partisi (Mutterlandspartei)
ATO	Ankara Ticaret Odası (Handelskammer Ankara)
CDU	Christlich-Demokratische Union
CHP	Cumhuriyet Halk Partisi (Republikanische Volkspartei)
DSP	Demokrat-Sosyal Partisi (Sozialdemokratische Partei)
EU	Europäische Union
IEA	International Energy Agency
IWF	Internationaler Währungsfonds
MHP	Milliyetçi Hareket Partisi (Partei der Nationalistischen Bewegung)
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NRO	Nichtregierungsorganisation
NSR	Nationale Sicherheitsrat
OIK	Organisation der Islamischen Konferenz
PKK	Partiya Karkaren Kurdistan (Arbeiterpartei Kurdistans)
RP	Refah Partisi (Wohlfahrtspartei)
TBB	Türkiye Barolar Birliği (Türkische Anwaltskammer)
TESEV	Türkiye Ekonomik ve Sosyal Etüdler Vakfı (Stiftung für Wirtschaftliche und Sozialwissenschaftliche Studien der Türkei)
TOBB	Türkiye Odalar ve Borsalar Birliği (Union der Türkischen Börsen und Kammern)
TÜSIAD	Türk Sanayicileri ve İşadamları Derneği (Verband türkischer Industrieller und Unternehmer)

Zusammenfassung

Die türkische Außenpolitik gegenüber ihrer Nachbarschaft befindet sich im Wandel von einer sicherheitsfixierten, unilateralen Außenpolitik hin zur diplomatischen, multilateralen Lösung von außenpolitischen Problemen. Die Spannungen und außenpolitischen Streitfälle, die die Beziehungen zu den Nachbarstaaten charakterisierten, konnten in den letzten Jahren sukzessive gelöst werden. Exemplarisch dafür ist die politische und wirtschaftliche Annäherung an Syrien, Iran und Russland, aber auch ein pragmatischerer Umgang mit Armenien. Im Gegensatz zur regionalen Passivität und zum Desinteresse, das die Außenpolitik des Landes seit Gründung der Republik dominierte, sucht die Türkei seit Mitte der 1990er Jahre zunehmend durch die Verfolgung einer aktiven und multidimensionalen Außenpolitik ihren Status als sicherheitspolitische, politische und ökonomische Regionalmacht im Nahen Osten und Kaspischen Raum zu festigen.

In der vorliegenden Arbeit werden innenpolitische Erklärungsfaktoren für den Wandel der türkischen Regionalpolitik identifiziert. Denn der Wandel kann als Ausdruck einer politischen Neuordnung des Landes gewertet werden, der neben neuen gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnissen auch eine Diversifizierung der politischen Machtzentren und Veränderungen im institutionellen Gefüge impliziert.

1 Wandel der türkischen Regionalpolitik

Ein Vergleich der türkischen Außenpolitik der 1990er Jahre mit den letzten zehn Jahren lässt vermuten, dass sie sich im Wandel befindet von einer sicherheitsfixierten, unilateralen Außenpolitik hin zur diplomatischen, multilateralen Lösung von außenpolitischen Problemen. Denn waren noch bis Ende der 1990er Jahre die Beziehungen zwischen der Türkei und ihren Nachbarstaaten gespannt und das Land regional isoliert, konnten diese Spannungen größtenteils abgebaut werden. Beispiele dafür sind die politische und wirtschaftliche Annäherung an Syrien, Iran und Russland, aber auch ein pragmatischerer Umgang mit außenpolitischen Streitfällen, wie der Wandel in der Armenien-Politik zeigt.

Im Gesamtbild betrachtet, ergibt sich der Eindruck, dass sich das Land im Nahen Osten zunehmend von der Rolle eines kriegerischen „Außenseiters“ (Aras 2004), die ihm in den 1990er Jahren zugeschrieben wurde, zu lösen und sein politisches und wirtschaftliches Profil zu schärfen sucht; im Kaspischen Raum wird zunehmend Abstand von geopolitischen Rivalitäten genommen und verstärkt ökonomisch-pragmatische Interessen verfolgt. Dadurch eröffnen sich für die Türkei Möglichkeiten, zur potenziell bedeutenden Triebkraft für regionale Kooperation zu werden.

Die vorliegende Arbeit versucht innenpolitische Erklärungsfaktoren für den Wandel der türkischen Regionalpolitik zu identifizieren. Zentrale Fragestellungen sind: Welche endogenen Erklärungsfaktoren lassen sich für diesen Wandel heranziehen? Welche Akteure sind Träger dieses Wandels und wofür stehen sie? Wie stabil ist dieser Transformationsprozess und welche Faktoren beeinflussen ihn? Inwiefern bietet sich durch den Wandel die Chance für die Türkei, eine Triebkraft für regionale Kooperation zu werden?

Ausgangsthese ist, dass der außenpolitische Wandel vor allem Ausdruck einer politischen Neuordnung des Landes ist. Es wird argumentiert, dass dies eine Antwort ist auf a) den Strukturwandel im internationalen System seit Ende des Ost-West-Konflikts 1991, der einherging mit veränderten externen Anreizen und Zwängen für das Land, und b) die veränderten gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse, die neben einer Diversifizierung der politischen Machtzentren, auch Veränderungen mit Blick auf die institutionellen Kräfteverhältnisse impliziert.

Die Türkei befindet sich bereits seit dem Paradigmenwechsel in den internationalen Beziehungen mit Ende des Ost-West-Konflikts im Anpassungsprozess an das neue regionale Umfeld, was in einen gestiegenen regionalen Aktivismus Ankaras mündete. Hintergründe waren die strukturellen Veränderungen im türkischen Sicherheitsumfeld, die einerseits eine Zunahme der Sicherheitsbedrohungen und andererseits die Öffnung neuer regionaler Handlungsräume mit sich brachten.

Die extern motivierten Umbrüche – auf die im Rahmen dieser Arbeit nicht näher eingegangen wird – kollidierten mit neuen innenpolitischen Dynamiken. Dazu gehörte, dass sich die politische Konkurrenz des militärisch-bürokratischen Lagers – welches seit Gründung der Republik 1923 Schlüsselpositionen des politischen Systems innehatte – neu aufstellte. Die im Zuge der wirtschaftlichen Liberalisierung entstandenen neuen Akteure fanden zunehmend Eingang in die politisch-institutionellen Entscheidungsprozesse und bildeten neue Transmissionsriemen zur Artikulation gesellschaftlicher Interessen. Dadurch gerieten zum einen die militärisch-bürokratischen Machthaber verstärkt unter Druck und zum anderen setzte eine Pluralisierung der außen- und sicherheitspolitischen Debatten ein.

Die sicherheitsfixierte Außenpolitik, die stark von der Angst der territorialen Bedrohung geprägt war, wurde zunehmend um eine wirtschaftliche und politisch-diplomatische Dimension ergänzt.

Dieser Prozess hing eng mit der fortschreitenden Internalisierung von demokratischen Normen im Zuge der EU-Annäherung, im Besonderen mit dem Erhalt der EU-Beitrittsperspektive ab 1999, zusammen (Oğuzlu 2004; Everts 2004). Wenn auch nicht als kausaler Auslöser des außen- und innenpolitischen Wandels zu verstehen, wirkte die EU-Beitrittsperspektive als Katalysator des politischen Reformprozesses maßgeblich mit (Tocci 2005).

Bei der Analyse der türkischen Regionalpolitik konzentriert sich die vorliegende Untersuchung ausschließlich auf den Nahen Osten und die Kaspische Region. Dieser Fokus ist in der deutschsprachigen Literatur zur Türkei noch nicht erschöpfend bearbeitet worden. Ein Gros der Fachliteratur handelt von den Vor- und Nachteile eines EU-Beitritts oder den Streitigkeiten Ankaras mit den EU-Mitgliedern Zypern und Griechenland. Die thematische Begrenzung ist Ausdruck dafür, dass die Türkei im deutschsprachigen Raum primär in ihren Anstrengungen, EU-Mitglied zu werden, wahrgenommen wird.

Die Diskussionen verkennen allerdings die weitreichenden Folgen des türkischen Transformationsprozesses auf die außenpolitische Orientierung des *Ankerlandes*¹ Türkei mit potenziell wichtigen Folgen für deutsche und europäische Interessen in der Krisenregion. Aufgrund ihrer geopolitischen Mittellage als *pivotal state*² und den damit verbundenen positiven wie negativen *spillover*-Effekten, kann die Türkei die regionale Stabilität beeinflussen. Eine politisch und wirtschaftlich stabile Türkei besitzt das Potenzial, ein regionaler Stabilitätsfaktor zu sein, während – wie die 1990er Jahre zeigten – eine durch ethnische, politische und wirtschaftliche Krisen destabilisierte Türkei ein Sicherheitsrisiko für die gesamte Region ist.

Ziel der vorliegenden Untersuchung ist demnach, den innenpolitischen Kontext des außenpolitischen Wandels darzustellen. Außenpolitik wird verstanden als das Resultat komplexer Optimierungsprozesse auf nationaler und internationaler Ebene (Tayfur 2005; Çalıř 2001; Medick-Krakau 1999; Rosati 1994; Rosenau 1966; Farrell 1966). Nach Holsti lassen sich vier grundlegende Ziele staatlicher Außenpolitik identifizieren (Holsti 1995): das Streben eines Landes nach *Sicherheit*, nach *Autonomie*, nach *nationalem Wohlstand* und nach *Prestige*. Das Streben nach Sicherheit zielt in erster Linie auf die Gewährleistung der physischen Existenz eines Staates und den Schutz vor internen und externen Bedrohungen, die in eine militärischen Konflikt nach sich ziehen können. Durch Bewahrung der nationalen Autonomie strebt ein Staat die Formulierung einer eigenständigen Innen- und Außenpolitik an, um im Konfliktfall unabhängig von überlebenswichtigen Ressourcen zu sein. Die Wahrung und Mehrung des nationalen Wohlstands entscheidet über die Hand-

1 Ankerländer spielen in ihrer Region eine herausragende ökonomische und politische Rolle. Diese ergibt sich aus ihren wirtschaftlichen Verflechtungen mit Nachbarländern, ihren Bestreben regionale Integrationsprozesse anzustoßen oder auch indem sie bestimmte Leitbildfunktionen ausfüllen. Sie beeinflussen die wirtschaftlichen und politischen Dynamiken in ihrer Region wie auch auf internationaler Ebene (Stamm 2004).

2 Hauptmerkmale eines *pivotal state* sind geografische Lage, Größe der Bevölkerung sowie ökonomisches und militärisches Entwicklungspotenzial, durch welches ein *pivotal state* die regionalen Dynamiken mitbeeinflussen kann (Chase / Hill / Kennedy 1996).

lungsmacht einer Regierung und bildet die Grundlage für Sicherheit und Autonomie. Das nationale Prestige wiederum erleichtert die Integration eines Staates in die internationale Gemeinschaft und eröffnet mehr Möglichkeiten kollektiver Problemlösung.

Auf die Frage, welche Handlungsebene – systemische oder subsysteme – das auswärtige Verhalten eines Staates primär beeinflusst, lautet die Grundthese, dass sowohl externe als auch interne Anforderungen staatliches Handeln bestimmen, da sich staatliche Akteure immer auf zwei Ebenen – zwischen internationalen und innenpolitischen Kontexten – bewegen (Putnam 1988). Zu den externen Einflussfaktoren werden die internationale Machtverteilung, wirtschaftliche Abhängigkeit eines Landes und seine Einbindung in internationale Verhandlungssysteme gezählt.

Außenpolitische Entscheidungen lassen sich aber selten bruchlos auf internationale Anreize und Zwänge zurückführen. Vielmehr werden sie anhaltend vom politischen System, dem Herrschertyp der Eliten³ und der Eigendynamik des innenpolitischen Machtkampfes (wie Ausmaß der parlamentarischen Kontrolle, die Einbindung von Interessengruppen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, bürokratische Entscheidungsprozesse sowie Machtverhältnisse innerhalb des institutionellen Gefüges) beeinflusst (Synder / Bruck / Sapin 1954; Rosenau 1966; Müller / Risse-Kappen 1990). Die strikte analytische Trennung von Innen- und Außenpolitik wird dadurch zunehmend obsolet.

Daher gilt es je nach Fragestellung zu prüfen, ob in der zu untersuchenden Fallstudie für eine bestimmte Entscheidung einer Regierung internationale oder innenpolitische Determinanten ausschlaggebend waren. Dementsprechend stehen je nach Erkenntnisinteresse entweder der Wandel der globalen Strukturen und der Position des Staates im internationalen System oder die innenpolitische Neuordnung eines Landes im Mittelpunkt. Die vorliegende Arbeit konzentriert sich auf den innenpolitischen Kontext der türkischen Außenpolitik und versucht, Zusammenhänge zwischen der innenpolitischen Neuordnung und des sich verändernden außenpolitischen Verhaltens der Entscheidungsträger zu erklären.

Wie eingangs argumentiert ist die Ausgangsthese, dass eine Neuorientierung der türkischen Regionalpolitik vor allem mit dem sich verändernden innenpolitischen Kontext zu erklären sind. Im Mittelpunkt stehen das Entstehen neuer Machtzentren jenseits der traditionell herrschenden Elite, ihre strukturelle Integration in das politische System und die daraus resultierenden Veränderungen im außenpolitischen Entscheidungsprozess.

Dass dieser interne Transformationsprozess nicht konfliktfrei ablief und weiterhin abläuft, zeigen die sich in den letzten Jahren zuspitzenden Machtkämpfe zwischen „alten“ Eliten, insbesondere durch das militärisch-bürokratische Lager repräsentiert, und „neuen“ Eliten, insbesondere in Form der islamisch-konservativen Regierungspartei *Adalet ve Kalkınma Partisi* – AKP. Ein vorläufiger Höhepunkt des Machtkampfes war die Krise um die Wahl eines neuen Staatspräsidenten im Jahr 2007, als nationalistische Kreise die Wahl des damaligen Außenministers Abdullah Gül ablehnten und die Regierungspartei sich auch auf

3 Unter Eliten sind Personen gemeint, die „Kraft ihrer strategischen Position in mächtigen Organisationen in der Lage sind, politische Entscheidungen regelmäßig und substanziell zu beeinflussen. Eliten sind die prinzipiellen Entscheidungsträger in den größten und ressourcenreichsten politischen, ökonomischen, militärischen sowie in den Kommunikations- und kulturellen Organisationen“ (Burton u. a. zit. nach Warweg 2006).

keinen Kompromisskandidaten einließ, wodurch das Land in eine politische Krise geriet, die erst durch vorgezogene Parlamentswahlen gelöst werden konnte. Die politische Polarisierung hielt an und führte letztes Jahr in ein gegen die Regierungspartei eingeleitetes Verbotsverfahren, das mit einem Freispruch endete. Der Generalstaatsanwalt forderte mit der Begründung, dass die AKP ein Zentrum von Aktivitäten gegen den säkularen Staat sei, die Auflösung der Partei. Das Verbot wurde zwar abgewendet, dennoch wurden der AKP große Teile ihrer staatlichen Finanzleistungen gekürzt. Diese Ereignisse führten nicht nur zur stärkeren politischen und gesellschaftlichen Polarisierung, sondern verlangsamten in erheblichem Ausmaß auch den Reformprozess des Landes, insbesondere ab Ende 2005.

Die vorliegende Untersuchung konzentriert sich vor allem auf die Reformen, die bis zur offiziellen Eröffnung der EU-Beitrittsverhandlungen im Oktober 2005 durchgeführt wurden, und den damit verbundenen strukturellen und institutionellen Veränderungen im politischen Entscheidungsprozess. Dass diese Reformen noch konsolidiert werden müssen und in keinster Weise als abgeschlossen anzusehen sind, zeigen die oben erwähnten Machtkämpfe.

Dementsprechend beschäftigt sich das folgende Kapitel mit den endogenen Bestimmungsfaktoren, bevor im dritten Kapitel die Grundzüge der türkischen Politik gegenüber dem Nahen Osten und der Kaspischen Region skizziert werden. Das zweite Kapitel konzentriert sich auf die Darstellung der innenpolitischen Neuordnung. Teil des internen Transformationsprozesses sind vor allem (2.1) die sich veränderten Akteure und Machtzentren sowie (2.2) Veränderungen in den institutionellen Kräfteverhältnissen. Das dritte Kapitel skizziert die türkische Regionalpolitik (3.1) im Nahen Osten und (3.2) im Kaspischen Raum. Im ersten Teil werden die Anstrengungen der Türkei dargestellt, im Nahen Osten von einer kriegerischen „Außenseiterin“ (Aras 2004) zu einem Antriebsfaktor für regionale Kooperation zu werden. Exemplarisch für den Wandel der türkischen Nahost-Politik sind die Beziehungen zu Syrien und Iran. Im zweiten Teil wird gezeigt, wie sich die türkische Politik in der Kaspischen Region immer mehr vom Primat der Geopolitik hin zu einer pragmatischeren Interessenspolitik wandelt. Exemplarisch wird hierin auf die Beziehungen der Türkei zu Russland, Armenien und Aserbaidschan eingegangen.

2 Innenpolitische Neuordnung

Die türkische Außenpolitik war seit Gründung der Republik im Jahr 1923 in erster Linie Westpolitik mit dem bestimmenden Wunsch nach Integration in die europäische Staatengemeinschaft. Dieses Paradigma war gekoppelt an eine starke Fixierung auf die nationale Sicherheit. Daher war während des Kalten Krieges die Bündnistreue gegenüber den NATO-Partnern ein festes Grundprinzip türkischer Außen- und Sicherheitspolitik (Karaosmanoğlu 1988; Kirişçi 1994). Der Nahe Osten spielte trotz der historischen, ethnischen und religiösen Verbindungen kaum eine Rolle, da er als rückständig und unvereinbar mit der säkularen und nationalistischen Türkei galt (Ekşi 2000; Altunışık 2005). Ähnlich verhielt es sich auch mit Blick auf den kaspischen Raum, der auch aufgrund des „Eisernen Vorhangs“ während des Kalten Krieges kaum außenpolitische Handlungsmöglichkeiten bot.

Erst Anfang der 1990er Jahre rückte die Nachbarschaft wieder verstärkt in den Vordergrund der türkischen Entscheidungsträger, die die Region vor allem durch das Prisma der

Kurdenfrage und der Angst vor dem islamischen Fundamentalismus betrachteten, wodurch sich interne Probleme des Landes regionalisierten (Park 2003; Hoffmann 2003; Yavuz 2003; Oran 2004; Mielke 2007). Hintergrund dieser Bedrohungswahrnehmung war die Sorge der herrschenden Eliten (a) vor einem Auseinanderbrechen des einheitlichen Nationalstaates anhand ethnischer Linien und (b) vor dem islamischen Fundamentalismus, der die laizistische Staatsordnung untergraben könnte (Seufert 2002). Diese Bedrohungswahrnehmung wirkte sich vor allem auf die Beziehungen zu Syrien, Russland und Iran aus. Zum einen aufgrund ihrer Unterstützung für die kurdische Arbeiterpartei *Partiya Kar-karen Kurdistan* (PKK), die seit Mitte der 1980er Jahre gewaltsam für die Unabhängigkeit des kurdisch geprägten Südostanatoliens kämpfte und erst 1999 mit der Festnahme ihres Anführers Abdullah Öcalan einen Waffenstillstand aussprach.⁴ Zum anderen – dies galt vor allem mit Blick auf den Iran – die türkischen Machthaber Teheran den „Export“ ihres theokratischen Politikmodells unterstellten.

Erst neue Akteurskonstellationen und damit einhergehend ein Wandel der außenpolitischen Präferenzen führten zu einer Entspannung in den bilateralen Beziehungen (Yılmaz 2006). Einerseits kam es aufgrund der strukturellen Integration der aufsteigenden neuen Eliten in das politische System zu einer Pluralisierung. Andererseits verschärfen sich dadurch die politischen Machtkämpfe zwischen „alten“ und „neuen“ Eliten um die Definitionsmacht im Staat (Boratav 1995; Oran 1999; Mardin 2000).

Denn die demokratisierenden Reformen, die insbesondere im Rahmen des EU-Annäherungsprozesses durchgeführt wurden und eine Öffnung des politischen Systems bewirkten, gingen einher mit dem Ausbau der Bürger- und Individualrechte und dem Abbau der Privilegien der Staatselite (Çarkoğlu / Toprak 2006; Kramer 2004; Aydın 2005; Özdemir 2006). Anders formuliert, kam es im Zuge des EU-Beitrittsprozesses zu einem institutionellen und rechtlichen Wandel, der die Ausübung einer militärisch-bürokratischen Kontrolle über zivil-politische Angelegenheit einschränkte und somit einerseits das Dauerspannungsverhältnis zwischen militärisch-bürokratischen und zivilen Eliten formal zugunsten einer Pluralisierung des öffentlichen Bereichs verminderte, gleichzeitig aber auch einen gesteigerten Machtkampf zwischen traditionellen und neuen Machtzentren provozierte, dessen Ausgang weiterhin offen ist. Die politisch-ideologische Polarisierung des öffentlichen Raumes blockierte seit 2005 den Fortgang des Reformprozesses und führte zeitweise zu einer politischen Stagnation.

Zur Öffnung und Demokratisierung des politischen System gehörten vor allem die Stärkung einer unabhängigen Justiz, ein reformierter Strafvollzug, die stärkere Respektierung kultureller Rechte von ethnischen und religiösen Minderheiten sowie der Bürger- und Grundrechte im allgemeinen und die Ausweitung der zivil-demokratischen Kontrolle über das Militär. Durch die Reformen, die zwischen 2001 und 2005 durchgeführt wurden, wandelte sich das Land immer mehr von einer autoritären und „defekten“ Demokratie, mit dem Militär als Dreh- und Angelpunkt der politischen Entscheidungen (Gürbey 2005) in Richtung einer Demokratie mit größerer Kompatibilität mit EU-Normen. Da dieser Transformationsprozess aber noch in Gang und das Ergebnis zu diesem Zeitpunkt nicht voraus-

4 Der Waffenstillstand wurde im Jahr 2004 wieder aufgekündigt. Seitdem kommt es regelmäßig wieder zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen der türkischen Armee und PKK-Kämpfern in Südostanatolien.

sehbar ist, muss an dieser Stelle von der Türkei als einer zu konsolidierenden Demokratie zu Rede sein.

2.1 Neue Machtzentren und Akteure

Im Folgenden werden die traditionelle kemalistische Staatsdoktrin, die seit der Republikgründung 1923 handlungsleitend auf allen politischen Ebenen war, und ihre Träger vorgestellt, bevor im nächsten Schritt die schrittweise Aufweichung der politischen Ordnung und die Entstehung neuer Kräfteverhältnisse beschrieben wird. Besonderer Fokus liegt auf dem Aufstieg und Wandel der islamisch-konservativen Elite, die seit 2002 die Regierungsmacht innehat und zu den relevanten Akteuren der neuen türkischen Regionalpolitik gehört, wie auch der steigende Einfluss der Zivilgesellschaft.

Die Staatsdoktrin des Kemalismus (*Kemalizm*)⁵ stand in der Politik für den laizistischen, einheitlichen Nationalstaat, in der Wirtschaft für den Etatismus und in der Außenpolitik für Neutralität, Westorientierung und Erhalt der nationalen Souveränität. Leitidee war die ideale gesellschaftliche Ordnung durch die Schaffung eines neuen Staats-, Menschen- und Gesellschaftstyps, der im Gegensatz zum osmanischen System stand (Bayramoğlu 2006). Die zentralen Eckpunkte des Kemalismus waren der Laizismus und Nationalismus (Çalış 2001). Daher galten aus Sicht der kemalistischen Elite der Islamismus und ethnischer Separatismus als größte sicherheitspolitische Bedrohungen, da sie die Staatsform in Frage zu stellen drohten.

Das Laizismusverständnis des Kemalismus basierte nicht auf einer institutionellen Trennung von Staat und Kirche oder einer rechtlich-administrativen Gleichbehandlung unterschiedlicher Religionen durch den Staat, sondern ging in seinem Anspruch auf Säkularisierung so weit, dass es dem Staat das Interpretationsmonopol über die Religion einräumte und das religiöse Leben bürokratisierte, um es besser kontrollieren und steuern zu können (Seufert 2004a). Daher spitzten sich die Spannungen zwischen den laizistischen Machthabern und den parteipolitisch organisierten Islamisten mit der Regierungsübernahme der islamistischen Wohlfahrtspartei (Refah Partisi – RP) ab 1996 zu. Als sich Entwicklungstendenzen herauskristallisierten, die auf „islamistische Ziele“ hindeuteten – wie die propagierte Abkehr von der *North Atlantic Treaty Organization* (NATO) und der transatlantischen Gemeinschaft oder die Forderung nach Lockerung des Kopftuchverbots in öffentlichen Einrichtungen –, wurde die Koalitionsregierung unter Erbakan 1997 vom Militär zum Rücktritt gezwungen und die RP verboten (Nachmani 2003; Karaman 1999).⁶

Beim Nationsverständnis orientierte sich der Gründer der Republik, Mustafa Kemal Atatürk, an den europäischen Modellen der Staatsnation, was eine Transformation der Identitäten breiter Bevölkerungsschichten nötig machte, die bis dahin primär auf der religiösen und nicht nationalen Zugehörigkeit basierte (Mardin 1993; Kramer 2004; Keyman 1999). Aufgrund der ethnischen Heterogenität der Bevölkerung Anatoliens (über 40 Ethnien) musste ein türkisches Nationalbewusstsein erst geschaffen werden. Atatürk definierte die

5 Das Wertpostulat des Kemalismus besteht aus sechs Prinzipien: (1) Laizismus (Laiklik), (2) Nationalismus (Milliyetçilik), (3) Republikanismus (Cumhuriyetçilik), (4) Volksverbundenheit (Halkçılık), (5) Reformismus (Devrimcilik) und (6) Etatismus (Devletçilik).

6 Dieser Punkt wird später detaillierter behandelt.

türkische Nation nicht anhand ethnischer, konfessioneller oder religiöser Kriterien, sondern machte allein das Bekenntnis „Türke“ zu sein zum „gesellschaftlichen Kitt“ für eine Nation. Grundlage des Nationalgedankens war die unteilbare Einheit von Staatsgebiet und Staatsvolk (Oran 1999). Jeder, der in der Türkei lebte, die republikanischen Prinzipien akzeptierte und sich als „Türke“ definierte, sollte türkischer Staatsbürger werden. Pfeiler dieser Transformation war die Assimilation der Subidentitäten durch die Aufoktroierung der „türkischen Identität“, die durch eine sprachliche, historische und kulturelle Türkifizierung gefördert wurde (Tosun 2002; Oran 2004).

Der Widerspruch des kemalistischen Nationsverständnisses liegt darin, im jakobinisch-französischen Sinne einer Staatsnation die Gleichheit aller Staatsbürger zu postulieren, gleichzeitig aber eine ethnische und kulturelle Homogenisierung zu verfolgen. Da für Kemalisten Einheit und Gleichheit (*teklik ve birlik*) dasselbe waren, war ihre Sorge, durch die Anerkennung der Minderheiten die Allgemeingültigkeit der Supraidentität in Frage zu stellen. Daher wurde durch eine strikte Assimilierungspolitik gegenüber den Minderheiten eine kulturelle, religiöse und ethnische Diversität der türkischen Gesellschaft gelehnt. In der Folge konnte die Bevölkerung Anatoliens zwar formal im Rahmen einer Supraidentität als „Türken“ assimiliert werden, auf Ebene der Subidentitäten blieb sie aber weiterhin heterogen (Agai 2004; Cağaptay 2006).⁷ Ethnischen, wie den Kurden, und religiösen Minderheiten, wie den Aleviten und Yeziden, wurde folglich eine kulturelle Eigenständigkeit versagt. Versuche, ihre politischen Teilhaberechte im Rahmen des demokratischen Systems durchzusetzen, scheiterten regelmäßig an Parteiverboten (Ayata 2004).

Zur Durchsetzung der radikalen Kulturrevolution bedienten sich die Gründereliten des „starken Staates“ und sicherten sich so die staatliche Lenkungsgewalt über die Gesellschaft. Ihrem Staatsverständnis nach galt der „Staat“ nicht als Instrument der Politik, sondern die Politik stand im Dienste des „Staates“ (Rumpf/Steinbach 2004; Heper 1985). Konkret bedeutete dies, dass staatliche Autoritäten zum Schutz der kemalistischen Prinzipien als Instrumente zur Durchsetzung staatlicher Kompetenzen und Eingriffsrechte in den öffentlichen und privaten Bereich dienten. Eingriffe in die bürgerlichen Freiheiten wurden erleichtert, wenn aus Sicht der herrschenden Elite „nationale Interessen“ und „republikanische Prinzipien“ in Gefahr zu sein schienen.

Verkörpert wurde der türkische „Staat“ von der kemalistischen Elite: der Staatspartei *Cumhuriyet Halk Partisi* – CHP (bis 1946), der Bürokratie und dem Militär. Die für das Überleben des Regimes strategisch wichtigen Felder, wie Sicherheit, Außenpolitik, Wirtschaft und Inneres, wurden von der kemalistischen Kernelite, besonders durch das Militär und der Justiz, kontrolliert. Ihre Kompetenzen und Möglichkeiten, Bürger- und Individualrechte zu beschneiden, wurden vor allem in der Verfassung 1982 erweitert, als neue „Superbürokratien“ geschaffen wurden, die über der Regierung standen und nicht vom Parlament kontrolliert werden konnten, wie der Hochschulrat (zur Kontrolle der Universitäten

7 Als Minderheiten wurden nur die nach der Republikgründung im Land verbliebenen christlich-orthodoxen Griechen, Armenier und Juden (EU Kommission 1998) anerkannt. Diese Definition von Minderheiten war nicht ethnisch, sondern religiös begründet, was im Umkehrschluss bedeutete, dass die (sunnitische) Religionszugehörigkeit ein wesentliches Element für die Formierung eines einigenden Charakters der türkischen Nation war. Denn erst über den Rückgriff auf den Islam konnte aus dem Vielvölkergemisch Anatoliens eine Nation werden, die ethnische Kurden, Lasen, Araber, Tataren u. a. zu „Türken“ vereinte (Agai 2004).

und Wissenschaften), Staatssicherheitsgerichte⁸ und der Hohe Rundfunk- und Fernsehrat (zur Kontrolle der Medien). Auch die Verwaltungsstrukturen entwickelten sich in hohem Maße zentralistisch und waren nur begrenzt auf die Erbringung von Dienstleistungen und Bereitstellung von öffentlichen Gütern ausgerichtet. Ihre Stärke lag in der politischen, kulturellen und sozialen Kontrolle der Bevölkerung denn in rationaler wirtschaftlicher Regulierung und Ressourcenpolitik (Ahmad 1993). Dadurch konnte diese „Trinität der Macht“ (Franz 2000; Harris 1988) ihre Hegemonie in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bis in die jüngste Zeit weitgehend bewahren.

Mit Einführung des Mehrparteiensystems 1946 erfolgte der Transformationsmechanismus zunehmend über die Parteien. Weniger von Parteiprogrammen und Ideen geleitet, basierte ihr Wirkungsgrad auf dem Aufbau von Klientelbeziehungen. Im Austausch für politische Unterstützung eröffneten Politiker ihrer einflussreichen Klientel den Zugang zu staatlichen Ressourcen (Ahmad 1993). Bis zur ökonomischen Liberalisierung Anfang der 1980er Jahre war ein Großteil der türkischen Wirtschaftseliten daher noch eng mit der Politik und der Wirtschaftsbürokratie verwoben, da ihre Unternehmen von hohen Zollschränken profitierten und privilegierten Zugang zum staatlichen Subventionssystem genossen (Yavuz / Esposito 1996; Seufert 2000).

Das oben beschriebene kemalistische Paradigma bedingt zunehmend einer Neuinterpretation. Die Macht des repressiven, ideologischen Staatsapparats erodierte zunehmend und neue Akteure drangen in den politischen Entscheidungsprozess. Die neuen Akteure, wie die islamisch-konservative Bourgeoisie oder kurdische Nationalisten, stellten die Staatsdoktrin in Frage und zeigten die Brüchigkeit der offiziellen Legitimationsideologie auf, wonach alle Bürger des Landes „laizistische Türken“ waren.

Als besondere Antriebsfaktoren dieses Transformationsprozesses erwiesen sich das starke Bevölkerungswachstum und die damit einhergehende Urbanisierung, der wirtschaftliche Wandel aber auch die politischen Reformen im Zuge der EU-Annäherung. Die wachsende Unfähigkeit der staatlichen Autoritäten, ihre Entwicklungsmission im Sinne des Republikgründers adäquat zu erfüllen, vergrößerte die Herausforderung zusätzlich.

Zu einer ernsten Herausforderung für die türkischen Machthaber entwickelten sich das starke Bevölkerungswachstum und die rasante Urbanisierung, der nur eine langsame Industrialisierung gegenüberstand.⁹ Die vor allem durch subsistenzwirtschaftliche Strukturen geprägten anatolischen Agrarregionen konnten die hohe Zahl junger Menschen nicht absorbieren, was dazu führte, dass seit spätestens 1980 das gesamte Bevölkerungswachstum von den Städten aufgenommen wurde (Mardin 2000). Die Folge waren eine hohe Arbeitslosigkeit, unkontrollierte Verstädterung sowie Slumbildung, die einher ging mit dem Versagen der staatlichen Grundversorgung im Arbeits-, Bildungs-, Gesundheits- und Justiz-

8 Staatssicherheitsgerichte waren „Fachgerichte“, die für strafbare Handlungen, die gegen den Bestand von Staatsgebiet und Staatsvolk oder gegen die republikanische Staatsform begangen wurden und die Sicherheit des Staates betrafen, zuständig waren. Sie wurden erst im Rahmen des EU-Annäherungsprozesses 2004 wieder abgeschafft.

9 Bei der Republikgründung 1923 lebten in der Türkei ca. 12 Mio. Menschen, 1960 waren es fast 30 Mio., 1985 50 Mio. und 2006 schon 70 Mio..

Diese und die folgenden Statistiken wurden der Webseite des Staatlichen Instituts für Statistiken entnommen; siehe: <http://www.turkstat.gov.tr/Start.do> (Stand: 01.10.2006).

wesen (ibid.). Der Legitimationsverlust der Politik ausgelöst durch die Ineffizienz der staatlichen Behörden vertiefte die Kluft zwischen dem staatlichen Establishment und der Bevölkerungsmehrheit und erschütterte schrittweise das Vertrauen vieler Bürger in den „Staat“ und seine Institutionen (Erdoğan Tosun 2001).

Eine weitere Herausforderung entstand durch die ökonomische Liberalisierung und Abschaffung des Etatismus ab 1982, durch die die staatlichen Autoritäten sukzessive ihr Monopol in der Wirtschaft verloren. Auf Druck des Internationalen Währungsfonds (IWF) setzte die Türkei ein umfassendes Programm zur Sanierung ihrer Wirtschaft um, durch das sich ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit steigern sollte. Der Staatsdirigismus und Protektionismus wurde schrittweise von einer Marktwirtschaft und Exportorientierung mit umfassender Privatisierung ersetzt (Özcan 1998). Mit dem Beitritt des Landes zur EU-Zollunion 1996 beschleunigte sich die ökonomische Liberalisierung.

Zwar konnten die wirtschaftlichen Reformen die Dauerkrise der türkischen Wirtschaft mit steigender Staatsverschuldung und Inflation zunächst nicht aufhalten. Auch bestanden die über dem EU-Durchschnitt liegenden Lohn- und Entwicklungsgefälle zwischen dem relativ entwickelten Nordwesten und dem strukturschwachen Südosten fort. Die Reformen führten aber zur Entstehung eines selbstbewussten, international ausgerichteten Wirtschaftsbürgertums, das sich sukzessive von der staatlichen Bevormundung löste. Der wachsende Privatsektor entwickelte sich zu einem Gegengewicht zu den unproduktiven Staatsbetrieben. Es entstanden verschiedene Großunternehmen wie auch kleinere und mittelständische Betriebe, die vornehmlich von Unternehmern aus Anatolien gegründet wurden und zunehmend auch öffentliche Aufgaben im Bildungssektor und Gesundheitswesen übernahmen. In dieser Zeit verstärkten auch religiöse Bewegungen ihre Anstrengungen, das soziale Vakuum, das durch den Rückzug der staatlichen Behörden entstand, zu füllen. Sie etablierten ihre eigene bildungspolitische Infrastruktur, richteten karitative Einrichtungen ein und gründeten ihre eigenen Medienorgane und Verbände.

Der Wirtschaftswandel wirkte sich auch auf die außenpolitische Orientierung aus. Das klassische außenpolitische Paradigma, das auf Sicherheit ausgerichtet war, wurde um eine ökonomische und energiepolitische Dimension ergänzt. Hintergründe waren die um durchschnittlich zehn Prozent jährlich steigende Energienachfrage im Zuge der wachsenden Industrialisierung sowie der zunehmende transnationale Handel, die dazu führten, dass die Beziehungen zum öl- und gasreichen Nahen Osten und Kaspischen Raum neue Relevanz erhielten (Larrabee / Lesser 2003).

Wie bereits erwähnt, verlief der wirtschaftliche Aufschwung nicht linear, sondern gipfelte in mehrere Wirtschaftskrisen, die in der Folge die politische Ordnung der Türkei auf eine neue Grundlage stellten. So waren es bei den beiden schwersten Krisen in den Jahren 1999 und 2001 vor allem die Korruption und der fehlende politische Führungswille der Entscheidungsträger, die den Weg öffneten für mehr Beteiligung privater Akteure (Mielke 2007). Der IWF, auf dessen Kredite die Türkei erneut angewiesen war, um den Staatsbankrott abzuwenden, machte die Reform des alten Systems der Vetternwirtschaft, das über die staatlich kontrollierten Banken Einfluss auf die Parteien nahm, zur Auflage und forderte durchlässigere und transparentere Entscheidungsstrukturen. Die Reformen im Bankensektor und zur Steigerung der Transparenz in der Budgetpolitik gepaart mit der schweren Legitimationskrise der politischen Eliten erhöhten den politischen Spielraum der

neuen Wirtschaftsakteure, indem sie sich verstärkt in die wirtschaftspolitischen Debatten einmischten (Simsek 2004).

Eine Reihe von Autoren sehen auch die EU-Beitrittsperspektive seit dem EU-Gipfel in Helsinki 1999 als Katalysator des türkischen Demokratisierungsprozesses (Kirişçi 2006; Tocci 2005). Die These ist, dass zwar ein starker gesellschaftlicher Druck nach Demokratisierung herrschte (Ulusoy 2007), aber erst die konkrete Aussicht auf einen EU-Beitritt neue Dynamik zur Durchführung der Reformen entfachte. Während das autoritäre politische System der 1990er Jahre EU-Beitrittsverhandlungen unvorstellbar machte (Buzan / Diez 1999; EU Kommission 1998), änderte sich die herrschende Ordnung bis zur offiziellen Eröffnung des EU-Beitrittsprozesses 2005 grundlegend.

So kam es zwischen 2001 und 2004 zu umfassenden Verfassungsänderungen und Reformpaketen, die sich an den Kopenhagener Kriterien orientierten und das Land demokratischer machten. Umfangreiche Reformen fanden statt im Bereich der Meinungsfreiheit sowie des Vereins-, Versammlungs- und Presserechts; Folter wurde verboten und die Todesstrafe abgeschafft, das Stiftungs- und Parteienrecht liberalisiert sowie Minderheiten-, Frauen- und Kinderrechte ausgeweitet (EU Kommission 2004).¹⁰

Die Reformen im Bereich des Minderheitenschutzes, wie die Ausweitung der Pressefreiheit und neue Mediengesetze, die ethnischen Minderheiten Sendeplätze in Rundfunk und Fernsehen einräumten, erreichten eine kurzzeitige Entspannung in der Kurden- und Minderheitenfrage. Auch eine Verordnung über das Erlernen von „Sprachen und Dialekten, die Bürger der Türkei im Alltag benutzten“, trat im September 2003 in Kraft.¹¹ Damit wurden ohne das Wort kurdisch zu verwenden private Kurdischkurse grundsätzlich ermöglicht. Wenn auch ab 2002 kein umfassendes Gesamtkonzept zur strukturellen Verbesserung der sozioökonomischen Situation in den südostanatolischen Kurden-Gebieten vorgelegt wurde, war die wohl wichtigste Entwicklung in diesem Zusammenhang, dass öffentlich über eine Neudefinition der türkischen Nation diskutiert wurde, indem erstmals Vertreter der Regierung und Zivilgesellschaft von der Türkei als ein Mosaik sprachen, das neben der türkischen Identität auch viele Subidentitäten beinhalte (Kramer 2006; Yavuz / Özcan 2006). Implizit wurde damit die Realität einer multiethnischen Türkei anerkannt, was einem Tabubruch gleich kam. Erwartungsgemäß wurden diese Debatten sowohl von rechts- als auch linksnationalistischen Gruppen heftig kritisiert.

Viele Stimmen innerhalb und außerhalb der Türkei sind skeptisch, was den gesellschaftlichen Rückhalt und die Konsolidierung der Reformen angeht (Yazıcıoğlu 2005). Sie sehen sich durch den nachlassenden Reformeifer der Regierung seit 2005 bestätigt. Für diese Skepsis spricht, dass die seit 2001 durchgeführten Reformen nicht von innen heraus kamen, sondern durch die Konditionalitäten des EU-Beitritts „von außen“ oktroyiert wurden. So unterstreicht auch Nathalie Tocci, dass die EU eine wichtige Rolle bei der Demokratisierung der Türkei spielte, indem sie die Entscheidungsträger politisch und strukturell bei der Durchsetzung der Reformen unterstützte (Tocci 2005). Sie verweist auf die Katalysatorfunktion der EU-Beitrittsperspektive und unterstreicht, dass der innergesellschaftliche

10 Die Verfassungsänderungen und Reformpakete sind abrufbar unter: http://www.belgenet.com/yasa/ab_uyum7-1.html (Stand: 1.10.2006).

11 Vgl. http://www.belgenet.com/yasa/ab_uyum7-1.html (Stand: 01.10.2006).

Druck nach Wandel und Reformen zwar sehr stark war, diese aber erst durch die materielle und politische Unterstützung Brüssels umgesetzt werden konnten.

Bevor auf die Frage eingegangen wird, warum die damaligen Machtträger, sprich die islamisch-konservative AKP-Regierung, die Übernahme der EU-Normen mit Nachdruck durchführten, soll an dieser Stelle festgehalten werden, dass auch die EU widerspenstige Eliten nicht zur Demokratisierung zwingen kann. Denn ein solch tiefgreifender Reformprozess ist nicht durchführbar, wenn es im Inneren eines Landes keine Träger und Unterstützer dieses Prozesses gibt. Dies gilt für politische Akteure als auch für den gesellschaftlichen Rückhalt. Dennoch ist die EU eine zentrale Figur im türkischen Reformprozess: Sowohl der Zeitpunkt der Reformen (nach dem offiziellen Erhalt der EU-Beitrittsperspektive 1999) wie auch die Reforminhalte (orientiert am europäischen *acquis communautaire*) sprechen für den Einfluss Brüssels. Ohne die Erfolge der türkischen Zivilgesellschaft zu relativieren, wird allerdings offensichtlich, dass die „Revolution“ zwischen 2001 und 2004 nur bedingt eine „Revolution von unten“ war.

Untersuchungen, die sich mit dem Europäisierungsprozess der osteuropäischen Staaten beschäftigten, kommen zum Schluss, dass externe Anreizsysteme und Konditionalitäten dann eine Transformation innerhalb der Staaten auslösen, wenn der antizipierte Nutzen, der sich durch die Einhaltung der Konditionalität ergibt, und die politischen Kosten, die sich durch die Durchführung der Reformen ergeben, in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen (Schimmelfennig / Sedelmeier 2005). Anders formuliert, ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich Machthaber des sich zu transformierenden Landes der extern auferlegten Konditionalität unterwerfen höher, wenn sie sich durch die Durchführung der Reformen einen Machtzuwachs im Inneren und Äußeren versprechen.

Die Mitglieder der islamisch-konservativen AKP, die dem Reformprozess nach ihrer Machtübernahme 2002 neue Dynamik verlieh, wandelten sich innerhalb von wenigen Jahren von dezidierten Europa-Gegnern zu Europa-Befürwortern. Die Mitglieder der islamistisch-konservativen Bewegung waren bis in die 1990er Jahre hinein in der Mehrheit nationalistisch, anti-liberal, anti-sozialistisch, befürworteten den Etatismus und ein Aufweichen teilweise auch die Abschaffung des strikten Laizismus (Rashwan 2007; Kramer 2000; Türköne 1994). Ihre Zielsetzung war die Restauration konservativer Moralvorstellungen und die Etablierung einer islamischen Ordnung nach osmanischem Vorbild – kurz, die moralische Erneuerung der Türkei durch eine „gerechte Ordnung“ (*adil düzen*) nach dem Ideal der Umma, die einen Bezugspunkt für gesellschaftliche Ordnung und Herrschaft bot.¹²

12 Die Phase des politischen Islam begann in der Türkei mit Necmettin Erbakan (1969–1998) (Dağı 1998). Seine Wahlstrategie setzte auf die Mobilisierung der ärmeren, urbanen Bevölkerungsschichten sowie der Klein- und Mittelstandsbetriebe, die zu den Verlierern der ökonomischen Öffnung des Landes gehörten. Die RP wurde zum Vehikel für die konservativ-fromme Bourgeoisie, die nicht nur eine politische Stimme suchte, sondern auch am wirtschaftlichen Wachstum des Landes beteiligt werden wollte (Çakır 1994).

In der Außenpolitik setzte Erbakan neue Akzente, indem er eine Abkehr vom Westen und die Orientierung an der islamischen Welt forderte (Gürbey 1997; Özcan 1998). So zielte er auf ein Sicherheitsbündnis muslimischer Staaten unter türkischer Führung als Gegenpol zur NATO (Kirişçi 2001). Die diplomatischen Praktiken Erbakans wurden von Militär und Außenministerium scharf kritisiert und zogen einen Misstrauensantrag im Parlament nach sich, als dessen Ergebnis die Regierung zum Rücktritt gezwungen wurde.

Allerdings kam es nach dem Verbot der RP im Jahr 1998 zur Spaltung der islamistischen Bewegung in der Türkei (Dagi 2008). Die islamistischen Traditionalisten und reaktionären Anhänger der RP sammelten sich in der 2001 gegründeten Glückspartei und die Reformer in der AKP. Unterschiede zwischen beiden Parteien bestanden vor allem in ihren Staats- und Wirtschaftskonzepten: Die Traditionalisten waren eher staatsorientiert und favorisierten Staatsdirigismus, die Reformer waren gesellschaftsorientiert und befürworteten die (liberale) Marktwirtschaft (Cağaptay 2002; Çarkoğlu 2002).

Mit der Gründung der AKP im Jahr 2001 trat der türkische Islamismus in eine neue Phase der politischen Rationalität. Die AKP bekannte sich offen zu ihren islamischen Wurzeln und Wertvorstellungen, gab sich aber als systemkonform und konservativ aus. Ihre politische Philosophie der konservativen Demokratie verglich sie mit dem Konservatismus der Christlich-Demokratischen Union (CDU) in Deutschland (Gülalp 2005; Schönbohm 2003). Die AKP zielte darauf den elitären und strikten Laizismus in der Türkei zu reformieren – im Unterschied zu ihren Vorgänger aber nicht durch die Abschaffung des laizistischen Staatssystems, sondern durch die Errichtung eines demokratischen Pluralismus. Im praktischen Bereich war damit die Forderung verbunden, das Amt für religiöse Angelegenheit, das die religiösen Einrichtungen kontrolliert, aus der Staatsautorität zu lösen und das Kopftuchverbot in öffentlichen Räumen (insbesondere in den Universitäten) abzuschaffen.

Die Hintergründe dieses Wandels waren vielfältig. Sie lagen zum einen im Generationenwechsel innerhalb der Führungsebene. Der Führungskader um Recep Tayyip Erdoğan, dem heutigen Premierminister, und Abdullah Gül, dem heutigen Staatspräsidenten, hatte ein anderes Politikverständnis, da ihre politische Sozialisation weniger zu Zeiten der reaktionären Theologiediskurse der 1960er Jahre, als vielmehr unter der marktwirtschaftlichen Liberalisierung der 1980er Jahre stattfand (Gündem 2007). Im Vergleich zur ersten Generation der islamistischen Bewegung setzten sie (wie auch die Mehrheit der neuen Generation der säkular-frommen Intellektuellen) ihre Akzente weniger auf die Herstellung einer Gesellschaftsordnung auf der Grundlage des Islam als vielmehr auf die ökonomischen Modernisierung des Landes. Angetrieben wurde der Wandel aber auch von den innertürkischen Entwicklungen der 1990er Jahre, die den Sinn der AKP für das politisch Machbare festigten. Die Misserfolge der Vorgängerparteien zeigten, dass mit einer ideologisch einseitigen Programmatik kein gesellschaftlicher Konsens zu erreichen war. Um mehrheitsfähig zu werden, mussten sie stärker in die politische Mitte rücken. Vor diesem Hintergrund interpretiert auch Bayramoğlu den Wandel innerhalb des islamistischen Lagers als Anpassungsstrategie an die veränderten Bedürfnisse des islamisch-konservativen Teils der türkischen Bevölkerung (Bayramoğlu 2006).¹³

Eng mit dem inneren Wandel des Islamismus verbunden war der Wandel der außenpolitischen Prioritäten, wie die Einstellung zum EU-Beitritt zeigte. Die AKP erklärte den EU-Beitritt zur absoluten Priorität türkischer Außenpolitik (Grigoriadis 2004). Durch den pro-

13 Empirische Untersuchungen untermauern die These einer zunehmenden Säkularisierung und Demokratisierung der türkischen Gesellschaft. So fand die renommierte *Türkiye Ekonomik ve Sosyal Etüdler Vakfi* – TESEV heraus, dass zwischen 1999 und 2006 die Zahl derer, die sich als „sehr religiös“ bezeichneten zwar von 36 % auf 46 % zunahm; zur selben Zeit aber sank die Zustimmung zu einem Scharia-Staat von 21 % auf 9 %; auch die Zahl derer, die eine radikale Veränderung der Gesellschaft in Form einer Abschaffung des Laizismus befürworteten, sank von 19 % auf 6 % (Çarkoğlu / Toprak 2006; Yılmaz 2006).

grammatischen Wandel suchte die AKP zum einen die Unterstützung der säkularen, pro-europäischen Gruppen im Wahlkampf. Andererseits erhoffte die AKP, durch den EU-Annäherungsprozess und den damit verbundenen Reformen ihren eigenen politischen Handlungsspielraum gegenüber dem militärisch-bürokratischen Establishment zu vergrößern. Denn Islamisten, wie auch ethnische und andere Minderheiten, sahen die von der EU geforderten Reformen im Sinne der Kopenhagener Kriterien als Schutzmechanismus ihrer eigenen Position innerhalb der türkischen Gesellschaft, da die Anpassung an EU-Normen eine Neudefinition des Verhältnisses von „Staat“ und „Gesellschaft“ – und hierin insbesondere der Rolle des Militärs – implizierte (Arslan 2005; Grigoriadis 2004; Ayata 2004; Yavuz / Özcan 2006).

In der Außenpolitik gab es zwei weitere signifikante Unterschiede zu den Vorgängerregierungen. Zum einen suchte sich die AKP-Regierung stärker als „Vermittlerin“ zwischen westlichen Staaten, insbesondere der EU und den USA, und der „islamischen Welt“, insbesondere den nahöstlichen Staaten, zu positionieren. Zum zweiten basierte die Außenpolitik stärker auf der Überzeugung von der friedensfördernden Wirkung wirtschaftlicher Interdependenz und internationaler Institutionen (Kirişçi 2006).

Konzeptionelle Grundlage der AKP-Außenpolitik war das Konzept der „strategischen Tiefe“ (Davutoğlu 2001), das von Ahmet Davutoğlu, dem wichtigsten außenpolitischen Berater von Ministerpräsident Erdoğan, verfasst wurde. Formulierter Anspruch war, die Türkei als regionale Ordnungsmacht zu etablieren. Ausgangspunkt des Anspruches war ihre geografische Lage an der Schnittstelle von Europa und Asien und ihre Geschichte, die sich in ihrer Identität als pro-westlicher und demokratischer Staat mit einer mehrheitlich muslimischen Gesellschaft widerspiegeln und somit das Land für eine regionale Vermittlerrolle prädestiniere. Durch die Verfolgung nationaler Interessen unter Ausnutzung der geografischen Lage und historischen Sonderbeziehungen zu den Nachbarstaaten sollte ein mehrdimensionales Netz von Außenbeziehungen aufgebaut und das Land zur einflussreichen Ordnungsmacht werden (Çetinsaya 2005).

Eine gutnachbarschaftliche Politik zur Lösung bilateraler Probleme („Null-Problem-Politik“) war ein Grundprinzip dieses Konzepts (Davutoğlu 2004). Wenn sie in der Region einflussreich sein wolle, müsse die Türkei eine Politik formulieren, die die Grenzen überwinde und alle Nachbarräume einbeziehe – so auch die Nachbarstaaten, zu denen sie ein gespanntes Verhältnis unterhielt, wie Syrien oder Armenien (Ibid.). Dazu gehörte es, die Beziehungen mit den Nachbarn auf eine rational-pragmatische Grundlage zu stellen und die gegenseitige Bedrohungsperzeption durch Interdependenzen auf politischer und wirtschaftlicher Ebene zu minimieren (Davutoğlu 2001). Ein weiteres Prinzip war die Ausgestaltung einer multidimensionalen Außenpolitik unter Nutzung der geografischen Mittel-lage der Türkei. Angesichts der regionalen und internationalen Entwicklungen hin zu einer multipolaren Weltordnung müsse die Türkei ihre statische und auf transatlantische Parameter ausgerichtete Außenpolitik zugunsten eines mehrdimensionalen Ansatzes aufgeben. Davutoğlu befürwortete eine enge Kooperation mit Russland im Kaspischen Raum, eine weiterhin enge und strategische Anbindung an die EU und USA sowie eine Zusammenarbeit mit den nahöstlichen Nachbarstaaten auf der Basis nationaler Interessen.

Zu den sich ändernden Akteurskonstellationen gehörte auch der steigende Einfluss der Zivilgesellschaft, insbesondere den Wirtschaftsverbänden oder ethnischen Lobbygruppen. Wie bereits angemerkt, waren zivilgesellschaftliche Strukturen in der Türkei eher schwach

ausgeprägt, da jede eigenständige politische Dynamik gesellschaftlicher Gruppen von der Staatselite mit Argwohn betrachtet wurde. Zivilgesellschaftlicher Aktivismus wurde von der herrschenden Elite relativiert, indem die Organisationen entweder verboten wurden, wenn sie republikanische Prinzipien in Frage zu stellen drohten, oder kooptiert wurden, wodurch sich ihr Wirken kanalisieren ließ (Göksel / Güneş 2005).

Erst gegen Ende der 1990er Jahren zeichnete sich eine neue Dynamik der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten als Gegengewicht zum zentralistischen Staat ab. In den Jahren zuvor war ein zivilgesellschaftliches Engagement aufgrund der Eskalation des Bürgerkrieges in Südostanatolien nur bedingt möglich, da der gesamte öffentliche Raum aufgrund der repressiven Maßnahmen „zum Schutz der einheitlichen und laizistischen Republik“ im Rahmen des militärischen Kampfes gegen die PKK beherrscht wurde. Zivilgesellschaftliches Engagement mit kritisch-politischem Anspruch stand im Verdacht „republikfeindlich“ zu sein. Jegliche Kritik an der offiziellen Politik der Regierung, des Militärs und der Bürokratie wurde strafrechtlich verfolgt und war damit faktisch verboten.

Die türkische Zivilgesellschaft profitierte ab 1999 sowohl vom Waffenstillstand mit der PKK, das zu einem entspannteren gesellschaftlichen Klima beitrug, als auch von den rechtlichen und politischen Weichenstellungen durch den EU-Annäherungsprozess. So senkte eine neue Gesetzesgrundlage die gesetzlichen Hürden für die Gründung eines Verbandes oder Vereines und schränkte die Kontroll- und Eingriffsmöglichkeiten staatlicher Behörden ein. Ferner trugen die Finanzhilfen der EU im Rahmen des Programms zur Förderung des zivilgesellschaftlichen Dialogs dazu bei, dass mehr Organisationen und Verbände finanziell unabhängig wurden und eine eigene Agenda entwickeln konnten (ibid.).

Seit 1999 entwickelt sich die Zivilgesellschaft sukzessive zu Transmissionsriemen für gesellschaftliche Interessen. Zahlreiche kurdische, alevitische, feministische, ökologische und andere gesellschaftliche Bewegungen entstanden oder stärkten ihr Profil (Keyman / İçduygu 2003). Sie nutzten ihre steigende öffentliche Mobilisierungsfähigkeit und stellten politische Forderungen, wie beispielsweise nach mehr politischer Partizipation (Kadioğlu 2005; Boratav 1995; Heper 1992; TOBB 2004), einer Ausweitung der bürgerlichen Rechte, wie z. B. das Recht auf eine Verfassungsklage gegen staatliche Institutionen (*Türkiye Barolar Birliği – TBB* 2001; *Türkiye Odalar ve Borsalar Birliği – TOBB* 2000), das Senken der 10 %-Parlamentsklausel (TOBB 2000; *Türk Sanayicileri ve İşadamları Derneği – TÜSIAD* 1997), Strukturreformen des Nationalen Sicherheitsrats (TÜSIAD 1997; TÜSIAD 1999) und Veränderungen des Parteiengesetzes (TÜSIAD 2001; Gençkaya 2000). Merkmale der zahlreichen Initiativen waren Forderungen nach liberalen Reformen im Inneren und mehr Internationalität und Interaktion mit anderen Staaten was die Außenpolitik anging. Dabei wurde der Sicherheitsaspekt, der jahrzehntelang im Mittelpunkt der türkischen Außenpolitik stand, ökonomischen Interessen untergeordnet (Kirişçi 2006).¹⁴

14 Der erste große Erfolg der Zivilgesellschaft war ihre Mobilisierungsarbeit im Vorfeld des ersten umfangreichen Reformpakets im August 2002. So gingen der Verabschiedung des Reformpakets – das die nationalistische Koalitionspartei MHP wie auch nationalistische Kreise außerhalb des Parlamentes ablehnten – heftige öffentliche Debatten voraus. Proeuropäische Verbände, Ad-hoc-Zusammenschlüsse und Medienkampagnen halfen bei der Mobilisierung einer Parlamentsmehrheit, die letztlich zur Annahme des Reformpaketes führte. Verschiedene Verbände und Bewegungen (TÜSIAD, das Wirtschaftliche Entwicklungsforum [İktisadi Kalkınma Vakfı – IKV], Menschenrechtsverein [İnsan Hakları Derneği]) starteten bi- und multilaterale Projekte mit europäischen Partnern zur Unterstützung des EU-Beitritts und übten Druck auf die türkischen Entscheidungsträger aus. 2002 schlossen sich 157 Vereine

Wenn auch die zivilgesellschaftliche Entwicklung beeindruckend ist, bleibt abzuwarten, wie sie sich weiterentwickeln wird. Viele der Organisationen entstanden erst in den letzten Jahren und brauchen Zeit, ihre Verbandsstrukturen zu konsolidieren und in der Öffentlichkeit Fuß zu fassen. Der Organisationsgrad der türkischen Bevölkerung und die Mitgliederzahlen der Vereine und Verbände sind im Vergleich zur zivilgesellschaftlichen Organisation europäischer Gesellschaften noch gering. Aber auch die mittelfristige Finanzierung vieler Projekte ist nach wie vor nicht gesichert.

2.2 Neue institutionelle Kräfteverhältnisse

Auch im institutionellen Gefüge der Türkei veränderten sich die formalen Kräfteverhältnisse zunehmend zugunsten ziviler Entscheidungsträger. Der außenpolitische Entscheidungsprozess lag traditionell im Kompetenzbereich der militärisch-bürokratischen Elite, wobei die politisch-zivilen Entscheidungsträger de facto der Hoheit des Generalstabschef unterstanden. Dieser Zustand führte zu einem Dauerspannungsverhältnis zwischen zivilen und militärischen Autoritäten. Der Einfluss des Militärs konnte erst durch die innenpolitische Stabilisierung ab 1999 schrittweise eingedämmt werden (Kirişçi 2006).

Die verfassungsrechtlich institutionalisierte Zweiteilung der staatlichen Macht führte phasenweise zu zwei unterschiedlichen, teils widersprüchlichen außenpolitischen Agenden der Türkei: Die Regierung einerseits und die dem Militär nahestehende Bürokratie des Außenministeriums andererseits verfolgten verschiedene außenpolitische Orientierungen, wobei laut Heinz Kramer, die einen die „Politik“ und die anderen den „Staat“ verkörperten (Kramer 2004; Makovsky 1999).

Der Dualismus hatte ideologische und strukturelle Hintergründe. Strukturell brachte die Schwäche der Regierungen automatisch eine Zunahme des Einflusses der Generäle mit sich bis, denn bis 1999 (im engeren Sinne sogar bis 2002) waren stabile Regierungsmehrheiten aufgrund der zersplitterten Parteienlandschaft, fragilen großen Koalitionen und häufigen Regierungswechsel die Ausnahme. Die konstitutionell verankerten ideologischen Grundlagen des Staates sicherten dem Militär eine privilegierte Stellung. Die Zunahme der sicherheitspolitischen Bedrohungen im Inneren und Äußeren Anfang der 1990er Jahre drängte die Generäle schließlich an die Spitze der Entscheidungsfindung. Unterstützt wurde die Machtausübung des Militärs vom freiwilligen (teilweise auch erzwungenen) Machtverzicht großer Teile der zivilen Eliten aufgrund der herrschenden Meinung, dass der Schutz der nationalen Sicherheit primär eine Angelegenheit des Militärs sei (Özcan 1994). Zivilgesellschaftlicher Einfluss auf die sicherheitspolitischen Diskurse war dagegen nicht erwünscht, um nicht zu sagen tabu.

Höhepunkte der außenpolitischen Machtausübung des Militärs waren die türkischen Militäroperationen im Nordirak (1995, 1997), die ohne Konsultation mit dem Parlament durchgeführt wurden, obwohl sie formal der Ermächtigung des Parlaments bedurft hätten. Weitere Beispiele waren die Beinahe-Kriege mit Griechenland (1996) und Syrien (1998).

zur Europäischen Bewegung (Avrupa Hareketi) zusammen. Unter Federführung des IKV wurde die Türkei-Plattform ins Leben gerufen, die 2004 bereits 269 proeuropäische Nichtregierungsorganisationen (NROs) umfasste. Auch Universitäten und Forschungszentren gründeten zahlreiche EU-Informations- und Dokumentationszentren, um proeuropäische Öffentlichkeitsarbeit zu machen.

Durch die Strukturreformen innerhalb des Nationalen Sicherheitsrats (NSR) – der zentralen Instanz, durch das das Militär Einfluss auf den politischen Prozess übte – im Zuge der Harmonisierung mit EU-Normen ist der politische Einfluss des Militärs zwar nicht gebrochen, dennoch konnte die Position ziviler Entscheidungsträger formal gestärkt werden (Mielke 2007).

Die starke Rolle des Militärs im NSR war vor allem auf das politische Vakuum in den 1990er Jahren zurückzuführen. Das fragmentierte Parteiensystem und der De-facto-Zusammenbruch der großen Parteien gaben dem Militär eine besondere Rolle in der Stabilisierung des politischen Systems. Erst zwischen 1999 und 2002 herrschte durch die links-nationalistisch-konservative Regierungskoalition (*Demokrat-Sosyal Partisi* – DSP, *Milliyetçi Hareket Partisi* – MHP, *Anavatan Partisi* – ANAP) relative Stabilität, die außenpolitische Kontinuität mit sich brachte und von einem Außenminister, Ismail Cem (DSP), ausgefüllt wurde. Mit dem Konzept der „regionalen Nachbarschaftspolitik“ (Cem 2004) stellte er die Weichen für die spätere multidimensionale Außenpolitik unter der AKP-Regierung. Ohne die Westbindung des Landes in Frage zu stellen, befürwortete er eine stärkere Kooperation mit nahöstlichen und kaspischen Nachbarstaaten zur Wahrung türkischer Interessen. Doch die starke Heterogenität der Koalitionsregierung, unterschiedliche Fliehkräfte innerhalb der Exekutive und die politische Instabilität, die durch die schweren Wirtschaftskrisen zwischen 1999 und 2001 perpetuiert wurde, führten zu Reibungsverlusten und verhinderten die Realisierung politischer Projekte (Insel / Bozyigit 2005).

Das autonome Handeln des Militärs wurde ferner von der Tatsache unterstützt, dass es keine institutionell-parlamentarische Kontrolle über die militärisch-bürokratische Elite gab (der Generalstab war nicht dem Verteidigungsministerium unterstellt), das Militär bis 2004 weitreichende Interventions- und Einflussmöglichkeiten in die Bürokratie besaß sowie eigene Geheimdienste und Militärgerichte, die ebenfalls einer zivilen Kontrolle entzogen waren, und ein autonomes Budgetrecht hatte. Seine finanzielle Unabhängigkeit sicherte es sich zusätzlich durch eigene Wirtschaftsunternehmen, die staatliche Subventionen genossen und von der Steuerlast befreit waren.

Die verfassungsrechtliche Aufgabe des Nationalen Sicherheitsrats (NSR)¹⁵ bestand im Schutz des kemalistischen Systems gegenüber inneren und äußeren Bedrohungen, wobei die Generäle einen weiten Interpretationsspielraum besaßen, wie Bedrohungen zu definieren waren. Aus diesem Selbstverständnis heraus legitimierte es auch militärische Interventionen zur Aufrechterhaltung der kemalistischen Ordnung, was bislang drei Mal direkt und mindestens ein Mal indirekt vorkam.¹⁶

15 Unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten gehören dem NSR der Ministerpräsident, der Verteidigungs-, der Innen- und Außenminister, der Generalstabschef und die Kommandanten der Land-, Luft- und Seestreitkräfte sowie der Gendarmerie an.

16 Mit der Begründung, eine „Islamisierung der Republik“ zu verhindern, putschte am 27. Mai 1960 eine Reihe junger Offiziere gegen die konservative Regierung des damaligen Ministerpräsidenten Adnan Menderes. Der Ministerpräsident, Finanzminister und Außenminister wurden erhängt.

Am 12. März 1971 putschte das Militär erneut nachdem das Land, ausgelöst von einer schweren Wirtschaftskrise und Terrorakten des extrem rechten und linken politischen Spektrums, im Chaos zu versinken drohte. Es ersetzte die gewählte Regierung durch eine ernannte.

Am 12. September 1980 übernahm das Militär zum dritten Mal die Macht. Auslöser war die instabile Phase in den 1970er Jahren, die durch fragile politische Koalitionen, politische und wirtschaftliche Instabilität und Terrorakte geprägt war. Am 7. November 1982 wurde die von den Militärs vorgelegte neue Verfassung in einem Volksentscheid angenommen. Die neue Verfassung eröffnete der Staatsfüh-

Ursprünglich im Jahr 1960 als beratendes Organ zur Koordinierung der Zusammenarbeit zwischen den Generälen und den zivil-staatlichen Institutionen konzipiert, wurde der NSR ab 1982 sukzessive zum primären entscheidungsrelevanten Gremium ausgebaut, gegen dessen Willen praktisch keine Politik durchgesetzt werden konnte. Zwar besaß der NSR kein direktes Vetorecht im politischen Prozess, doch standen dem Militär angesichts seiner gegenüber der Exekutive gesetzlich gleichberechtigten Stellung im NSR sowie der allgemeinen Richtlinienkompetenz des NSR weitreichende Einflussmöglichkeiten zur Verfügung, die einem politischen Vetorecht nahe kamen (Özdemir 2006).

Aufgabe des NSR war, Beschlüsse und Politikempfehlungen „zum Schutz der nationalen Sicherheit“ zu formulieren. Aufgrund der weit gefassten Definition von nationaler Sicherheit konnten theoretisch alle Bereiche der Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik darunter subsumiert werden. Da die Exekutive und Legislative gesetzlich zur Umsetzung der Empfehlungen angehalten waren, standen dem NSR (und hierin dem Militär) somit Möglichkeiten offen, über die Erklärungen und Empfehlungen einen starken Einfluss auf den politischen Prozess auszuüben. In der Regierungspraxis wurde dadurch die Rolle der zivilen, gewählten Entscheidungsträger stark eingeschränkt, während der NSR gegenüber dem Parlament in Verteidigungs- und Sicherheitsfragen nur unzureichend bis gar keine Rechenschaft ablegte (EU Kommission 2000). Dadurch wirkte der NSR wie ein politisches Entscheidungszentrum, ohne dabei dem Parlament oder der Bevölkerung verantwortlich zu sein.

Eine wichtige Koordinierungsfunktion hatte in diesem Zusammenhang der Generalsekretär des NSR, der bis zu den Strukturreformen im Jahr 2004 vom Militär ernannt wurde und daher ein ranghoher Offizier war. Er war gegenüber den Bürokratien des Außen-, Innen- und Justizministeriums weisungsbefugt und kontrollierte auch alle Inlands- und Auslandsgeheimdienste. Er besaß eine dem Ministerpräsident ähnliche Richtlinienkompetenz und agierte wie eine „Parallelregierung“, da er „das Handeln der Ministerien und der gesamten Staatsbürokratie zu lenken vermochte“ (Seufert / Kubaseck 2006). So konnten die Militärs die Schalthebel der Macht bedienen und „*die Regierung und das Parlament ein Stück aufführen lassen, dessen Regiebuch sie verfasst hatten*“ (Insel / Bozyiğit 2005).

Erst die Reformen zur Annäherung an EU-Normen beinhalteten eine Restrukturierung des NSR in Anlehnung an EU-Standards, was zu einer formalen Zurückdrängung militärischer Kompetenzen auf die Kerngebiete Sicherheit und Verteidigung führte und den NSR zu einem beratenden Gremium ohne Entscheidungsbefugnisse umgestaltete. Seine Zugriffs-kompetenzen auf zivile Einrichtungen wurden eingeschränkt, dagegen die Kontroll- und Entscheidungskompetenzen des Ministerpräsidenten im NSR gestärkt. Weitere Maßnahmen zur Begrenzung des Einflusses des Militärs auf die Politik waren die Schaffung fiskalischer Transparenz und parlamentarischer Kontrolle militärischer Ausgaben sowie das Verbot der Verurteilung von Zivilisten vor Militärgerichten.¹⁷

rung neue umfangreiche Möglichkeiten, politische Rechte der Bürger zu beschneiden. Ferner wurden neue „Superbürokratien“ geschaffen, die über der Regierung standen und auch nicht vom Parlament kontrolliert werden konnten, wie der Hochschulrat, Staatssicherheitsgerichte und der Hohe Rundfunk- und Fernsehrat.

1997 intervenierte das Militär nicht direkt, sondern forderte in den Beschlüssen des NSR vom 28. Februar 1997 die Regierungskoalition unter Vorsitz des Islamisten Necmettin Erbakan zum Rücktritt auf.

17 Vgl. http://www.belgenet.com/yasa/ab_uyum7-1.html (Stand: 01.10.2006).

Diese Strukturreformen und Einschnitte in den Einflussbereich der Generalität wurden ermöglicht durch a) dem zunehmenden gesellschaftlichen Druck nach demokratisierenden Reformen, insbesondere nach Erhalt der EU-Beitrittsperspektive, b) der zunehmenden politischen und wirtschaftlichen Stabilität ab 2002, wodurch sich auch der Handlungsspielraum der Exekutive und Legislative erhöhte und c) ein sich abzeichnendes neues Selbstverständnis innerhalb des Militärapparats, insbesondere was die eigene Rolle im politischen Prozess anging. Denn selbst in Schlüsselfragen der türkischen Sicherheit entfachten sich im Laufe der letzten Jahre kontroverse Debatten zwischen Militärvertretern, die auf verschiedene Strömungen innerhalb des Militärapparats schließen ließen.¹⁸ So kristallisierten sich in den letzten zehn Jahren mindestens drei Strömungen heraus.

Traditionell folgte die Generalität einem nationalistisch-kemalistischen Dogma, das im Inneren eine Öffnung des politischen Systems und im Äußeren eine zu enge Anbindung an die westlichen Staaten unter Preisgabe nationaler Anliegen ablehnt. So unterstellt dieser Flügel der EU, mit ihrer Forderung nach mehr Pluralität und Demokratie eine „heimliche Agenda“ zur Teilung der Türkei zu verfolgen. Eine Zusammenarbeit mit nahöstlichen Nachbarstaaten sowie eine aktive Nachbarschaftspolitik lehnt er aus ideologischen Gründen ab. Ein Vertreter dieser Strömung war Generalstabschef a. D., Yaşar Büyükanıt (2006–2008).

Eine weitere Strömung, die der vorangegangenen ideologisch nahe steht, bilden die pro-amerikanischen Nationalisten, die im Inneren ebenfalls einen kompromisslosen Kurs gegen Islamisten und Minderheiten verfolgen, im Äußeren aber eine enge Anbindung an die USA und Israel favorisieren, da beide Staaten keine innenpolitischen Auflagen für die Zusammenarbeit machen. Ein Vertreter dieser Strömung war Generalstabschef Ismail Hakkı Karadayı (1994–1998). Ein weiterer prominenter Vertreter, General Çevik Bir, gehörte zu den Architekten des Sturzes der RP-Regierung 1997.

Die dritte Strömung repräsentiert den „Reformflügel“ des Militärs, für den Generalstabschef a. D. Hilmi Özkök (2002–2006) stand. Er stand im Inneren für eine Demokratisierung und favorisierte im Äußeren eine enge Anbindung an die EU. Zwar sehen sich auch die Vertreter dieses Flügels nach wie vor als Hüter des kemalistischen Erbes, legen aber die Prinzipien nicht dogmatisch aus und plädieren für ein neues Selbstverständnis des Militärs (Bardakci 2008). So hatte auch Özkök ein anderes Verständnis von „nationaler Sicherheit“ und wandte sich gegen eine zu starke Einmischung des Militärs in die Politik (Özkök 2004). Mit der AKP-Regierung unterhielt er stabile Arbeitsbeziehungen (Bardakci 2008).

Sein Nachfolger Yaşar Büyükanıt klärte bereits in seiner Antrittsrede im August 2006 die Fronten, indem er klare „rote Linien“ aufstellte: Zugeständnisse zum ethnischen Separatismus oder eine Lockerung des Laizismus lehnte er vehement ab; dagegen unterstrich er seine Überzeugung, dass „ausländische Kräfte“ nach wie vor versuchten, die Türkei zu teilen (Büyükanıt 2006). Die Rede spiegelte deutlich das traditionelle Weltbild der Armee

18 Die inneren Strukturen des türkischen Militärapparats sind nach wie vor intransparent und gewähren Außenstehenden wenig Einblicke. Daher sind genaue Analysen der innermilitärischen Kräfteverhältnisse zu diesem Zeitpunkt nicht möglich. Die Annahme, dass sich auch innerhalb des türkischen Militärs verschiedene Strömungen in Machtkämpfen um die Definitionsgewalt der Institution befinden, lässt sich aus den unterschiedlich konnotierten öffentlichen Stellungnahmen der jeweiligen Funktionäre erschließen.

wider. Seine Arbeitsbeziehungen zur AKP waren erwartungsgemäß weniger harmonisch, weshalb von einer „neuen Ära“ der zivil-militärischen Beziehungen gesprochen wurde (Bardakci 2008).

Generalstabschef Büyükanıt wurde im August 2008 von Ilker Başbuğ abgelöst. Er gilt ebenfalls als Ideologe, gleichzeitig aber auch als kompromissfähig und besonnen. Auch wenn er durch sein bisheriges Handeln nicht wie sein unmittelbarer Vorgänger polarisierte, so gilt er aber auch nicht in dem Maße als Reformierender wie Hilmi Özkök. Die Beziehungen zur Regierungspartei gelten als durch den „Ergenekon“-Prozess belastet. Der laufende Prozess um den Geheimbund „Ergenekon“ richtet sich gegen eine vermeintliche Verschwörung nationalistischer Kreise zu einem Staatsstreich gegen die AKP-Regierung. Die Krise eskalierte, als vor einigen Monaten ehemalige hochrangige Militärs und Geheimdienstler, wie auch Juristen, Publizisten, Hochschullehrer, Politiker und Gewerkschafter unter dem Verdacht, einer nationalistischen Terrororganisation anzugehören, verhaftet wurden. Der Ausgang der Verhandlungen ist noch offen, wobei allerdings jetzt schon festgehalten werden kann, dass der Prozess die ideologische Polarisierung zwischen den Lagern verschärft hat.

Der Fortgang der innermilitärischen Debatten ist zweifelsohne eine der wichtigsten Determinanten im weiteren Modernisierungsprozess der Türkei. Denn der Einfluss des Militärs im politischen System der Türkei wurde zwar mit den Reformen formal zurückgedrängt. Aber nach wie vor besitzt das Militär das Recht, bei sicherheitspolitischen Bedrohungen eigenständig aktiv zu werden. Außerdem werden die Entwürfe der Nationalen Sicherheitsstrategie weiterhin innerhalb des NSR vom Militärapparat erarbeitet. Vertreter des Militärs nehmen über informelle Kanäle, wie die Medien, weiterhin Einfluss auf die öffentlichen Debatten (Bardakci 2008). Ferner genießt das Militär noch immer Autonomie im Bereich der militärischen Organisation, Doktrin und Erziehung (EU Kommission 2007; Çaycı 2006). Daher hängt die Antwort auf die Frage, ob das Militär die weitere Entmilitarisierung des (außen)politischen Entscheidungsprozesses hinnehmen wird, im Wesentlichen davon ab, welche Kräfte innerhalb des Militärs obsiegen werden.

Wie im vorangegangenen Kapitel gezeigt wurde, brachten neue politische Akteurskonstellationen, die einhergingen mit einem Wandel des herrschenden Sicherheitsverständnisses, eine Neuformulierung von außenpolitischen Prioritäten und Präferenzen mit sich. Wie sich dieser Wandel konkret auf die türkische Politik gegenüber dem Nahen Osten und dem Kaspischen Raum auswirkte, wird im Folgenden skizziert.

3 Die Türkei, eine Triebkraft für regionale Kooperation?

3.1 Die Türkei im Nahen Osten

Der Wandel der türkischen Regionalpolitik zeigt sich deutlich in ihren Beziehungen zu den nächstlichen Nachbarländern.¹⁹ Seit Republikgründung vermied die Türkei ein Engagement in der Region, die als rückständig galt (Altunışık 1998; Bazoğlu Sezer 1995). Erst Anfang der 1990er Jahre kehrte sich das strategische Desinteresse um und der Nahe Os-

19 Zum Subsystem des Nahen Ostens siehe Perthes (2000) und Stein (1997).

ten wurde für die politische und militärische Elite Ankaras zur obersten Priorität – wenn auch weniger aus politischem Interesse als vielmehr aus sicherheitspolitischer Notwendigkeit. Der Aktivismus drückte sich unter anderem in der militärischen Kooperation mit Israel, der militärischen Konfrontation mit Syrien, politisch-ideologischen Spannungen mit dem Iran und den grenzüberschreitenden Interventionen im Nordirak aus (Altunışık 2005). Dadurch zeigte die Türkei in den 1990er Jahren, dass sie bereit ist zur Wahrung ihrer Interessen militärische Gewalt als Mittel einzusetzen. In den letzten Jahren jedoch suchte sie zunehmend Einfluss durch multilaterale Foren in Politik, Wirtschaft und Kultur zu üben, wie die Dialog-Initiative im Vorfeld des Irakkriegs 2003 (Öniş 2006) oder ihre Vermittlungsversuche zwischen Syrien und Israel deutlich machen.

Ein Wendepunkt hin in diese Richtung war die Verhaftung des PKK-Chefs Abdullah Öcalan 1999 und die damit einhergehende Entspannung des gesellschaftlichen Klimas, was im Inneren den Weg für Reformen und im Äußeren den Weg zur regionalen Kooperation eröffnete. Aber auch der Regierungsantritt der AKP 2002 und ihr außenpolitisches Konzept führten zu einer neuen Herangehensweise an die nahöstlichen Nachbarn. Eine weitere Zäsur der türkischen Regionalpolitik kam mit dem Irakkrieg 2003. Er löste eine Verschiebung des strategischen Gleichgewichts und tiefe strukturelle Veränderungen in der Region aus (Perthes 2004). Die Frage, wie sich die Regionalstaaten politisch positionierten und in welchem Maße sie ihre Außenbeziehungen diversifizierten, wurde tendenziell wichtiger (ibid), insbesondere mit Blick auf den Iran und Syrien. Denn eingekreist von den USA und stigmatisiert als „Schurkenstaaten“ nahm der Druck auf sie zur Suche nach regionalen Partnern zu, was vor allem Auswirkungen auf die Türkei-Perzeption dieser beiden Staaten hatte (Oktav 2004; Aras 2005).

Grundlage der Koordination zwischen Ankara, Teheran und Damaskus nach 2003 waren neue Sicherheitsperzeptionen der drei Staaten und überlappende Interessen. Alle drei Staaten hatten als direkte Nachbarn des Irak Interesse an einem stabilen Irak. Aus syrischer und iranischer Perspektive waren ein weiterer starker Antriebsfaktor für eine Annäherung an die Türkei die oben erwähnten neuen regionalen Machtkonstellationen nach dem Irakkrieg, die Damaskus und Teheran zur Neubewertung ihrer regionalen Beziehungen trieben. Die sicherheitspolitischen Konsultationen im Rahmen der Nachbarschaftstreffen im Vorfeld des Irakkrieges begünstigten schließlich den Ausbau des Dialogs auf politischer und wirtschaftlicher Ebene.

Der strategische Anker der iranischen und syrischen Türkei-Politik war, dass die USA im Nordirak den Kampf gegen die PKK und den kurdischen Separatismus nicht entschieden genug führten und Sicherheitsinteressen der Türkei ignorierten. Teheran und Syrien konnten in das von den USA hinterlassene sicherheitspolitische Vakuum vorstoßen. 2004 schließlich setzte der Iran die PKK auf seine Liste terroristischer Organisationen, was angesichts seiner Unterstützung für die PKK in den 1990er Jahren als politisches Zugeständnis an die Türkei gewertet werden konnte (Cagaptay 2004). Syrien hatte seine Unterstützung für die PKK bereits 1998 eingestellt. Mit der Anerkennung der PKK als terroristische Organisation wurde der Weg frei für eine engere politische Zusammenarbeit mit der Türkei.

Die Annäherung an Syrien und Iran ging einher mit Veränderungen im türkisch-israelischen Verhältnis. Angesichts der neuen Sicherheits- und Interessenlage der Türkei veränderten sich automatisch die Parameter der türkisch-israelischen Allianz. Folgte der

ursprüngliche Ansatz vor allem sicherheitsstrategischen Überlegungen, verschob sich dieser Ansatz immer mehr in Richtung wirtschaftlicher Kooperation. Eine Diversifizierung der Beziehungen, die sich in den 1990er Jahren hauptsächlich auf die militärische Kooperation konzentrierten, fand statt, indem der Ausbau im wirtschaftlichen, kulturellen, wissenschaftlichen, touristischen und technologischen Sektor mit Nachdruck gefördert wurde (Özcan 2005). Neben der strategischen Dimension des türkisch-israelischen Bündnisses gewannen damit Wirtschaftsinteressen eine immer wichtigere Rolle, was den zivilen Charakter des Verhältnis stärkte.²⁰

Das neue regionale Auftreten der Türkei beeinflusste auch die Türkei-Perzeption in den arabischen Staaten. Die wirtschaftliche Entwicklung wie auch politische Öffnung des Landes mit einer zunehmenden Integration der islamisch-konservativen Bewegung erregte wachsende Aufmerksamkeit seitens gesellschaftlicher als auch politischer Akteure des säkularen und auch religiösen Lagers in den arabischen Staaten. Die Diskussionen über den türkischen Entwicklungsweg fanden zunehmend Eingang in die regionalen Modernisierungsdebatten (Fuller 2004). Dabei wurde das Bild der Türkei als „Modellstaat“ für die „islamische Welt“ auch von der türkischen Regierung wie von europäischen und amerikanischen Entscheidungsträgern, insbesondere nach dem 11. September 2001, immer öfter aufgegriffen. In den 1990er Jahre waren zwei der stärksten Gegenargumente für solch eine Rolle der Türkei, dass sie nicht demokratisch genug war, was ihre Glaubwürdigkeit einschränkte, und dass sie aufgrund ihres kolonialen Erbes von den arabischen Gesellschaften als „Wertevertmittlerin“ oder Rollenmodell nicht akzeptiert wurde.

Dagegen wurde seit Einleitung des Reformprozesses ab 1999 die akademische Debatte über eine mögliche Rolle der Türkei bei der Modernisierung der Region wieder verstärkt aufgegriffen (Altunışık 2005; Aras 2005; Fuller 2004). Bei dieser Debatte geht es primär um den symbolischen Gehalt des türkischen Entwicklungsmodells, Werte zu projizieren, d. h. den glaubwürdigen Erweis zu bringen, dass Demokratie, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und politische Modernität keine genuin westlichen Eigenheiten sind und sich in einer mehrheitlich muslimischen Gesellschaft nicht ausschließen (Perthes 2004), wie auch Harald Müller (2003) betont:

„Der Erweis einer erfolgreichen, liberalen, toleranten und demokratischen Modernisierung, der Erweis eines einträchtigen Zusammenlebens eines überwiegend von Muslimen bevölkerten, großen Staates mit ursprünglich christlich geprägten westlichen Demokratien schafft einen neuen Orientierungspunkt für die jungen Menschen in islamischen Ländern. Auf symbolischer Ebene liegt hier eine der wirksamsten Waffen gegen die Radikalisierung und Fanatisierung durch den Fundamentalismus und seine gewalttätigen Zweige.“

Um dem türkischen Entwicklungsmodell Glaubwürdigkeit zu verleihen, musste der Erweis erbracht werden, dass sich aufgeklärte demokratische Werte und politische Modernität nicht in einer mehrheitlich muslimischen Gesellschaft ausschließen. Auf politischer Ebene gab es bis 2002 kein Beispiel, dass einer genaueren Untersuchung standhalten konnte: die systemkonformen Parteien in der Türkei galten zwar als demokratisch, folgten

20 2005 belief sich das bilaterale Handelsvolumen auf 2 Mrd. USD und damit mehr als sechsmal so viel als 1996. Besondere Bedeutung kommt dabei dem Wasserhandel zu. 2004 wurde ein Wasserabkommen unterzeichnet, das die Lieferung von jährlich 50 Mio. m³ Wasser an Israel in den nächsten 20 Jahren vorsieht, was 4 % des jährlichen Wasserbedarfs Israels deckt.

aber einem rigiden Laizismusverständnis (Aras 2005). Auf der anderen Seite konnten die islamistischen Parteien zwar auf ihre „islamischen Wurzeln“ verweisen, aber sie waren gesellschaftlich nicht mehrheitsfähig und undemokratisch (Altunışık 2005). Die neue islamisch-konservative Partei AKP kam der Synthese von beiden Aspekten bislang am nächsten, indem sie die Grundprinzipien der türkischen Republik, wie Laizismus und Republikanismus, nicht in Frage stellte, sondern akzeptierte. Durch die politische Integration statt der Ausgrenzung der islamistischen Strömung ins demokratische System erlangte die türkische Demokratie somit eine neue Qualität, die für die muslimischen Staaten Vorbildcharakter erlangte, wie Wulf Schönbohm, ehemaliger Vertreter der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Türkei, feststellte (Kirchmann 2002).

Die Demokratisierung der Türkei ging einher mit einem Wandel der Türkei-Perzeption der arabischen Gesellschaften, so dass ab 2002 die historisch motivierten Vorbehalte gegen den früheren Kolonialherrn kontinuierlich abnahmen. Mit der Ablehnung der US-Anfrage nach Nutzung des türkischen Territoriums zur Eröffnung einer zweiten Front gegen den Irak 2003 stieg das regionale Ansehen der Türkei sprunghaft. Auch die Kritik der türkischen Regierung an der unilateralen Palästina-Politik Israels fiel deutlicher aus, als die mancher nahöstlichen Staatsmänner, was regionale Aufmerksamkeit erregte. So fragte Nader Fergany, Mitverfasser der *Arab Human Development Reports* der Vereinten Nationen und einflussreicher Wissenschaftler innerhalb der akademischen Debatten Ägyptens öffentlich, wie es sein könne, dass der türkische Ministerpräsident kritischer sein konnte als die arabischen Regierungen:

„[...] The contrast between Erdoğan's stand and that of Arab leaders may seem puzzling, but is not. Erdoğan was democratically elected and, therefore, accountable to the nation that put him into office. No nation that lives in freedom and under good governance would brook injustice, even towards others. Nor can leaders elected in free and fair elections afford to ignore the feelings of their people. Is there a lesson here?“
(Al Ahram Weekly, 10–16 Juni 2004)

In den arabischen Öffentlichkeiten wurden die nationalen (Demokratisierung) und internationalen Erfolge (EU-Beitrittsperspektive) der Türkei immer mehr anerkannt (Seufert 2004b). Besonders wurde unterstrichen, dass diese Art der Reformierung nachhaltiger zu sein versprach, als von außen oktroyierte, wie im Falle des US-Versuchs eines *regime change* im Irak (*Radikal* 05.01.2005). Durch die Demokratisierung bei gleichzeitiger Wahrung der muslimischen Identität fand das türkische Modell einer Synthese von laizistisch-demokratischer Staatsform und mehrheitlich muslimischer Gesellschaft Eingang in die regionalen Diskurse über Demokratie und Säkularismus (Rashwan 2007).

Mit dem Regierungswechsel 2002 verstärkte sich auch in der Türkei der politische Wille, die Modernisierung in der Region aktiv zu unterstützen. Denn anders als in der Vergangenheit wurden auch in der Türkei Stimmen laut, die eine Modernisierung der muslimisch geprägten Gesellschaften im Nahen Osten forderten und sich selbst in der Pflicht sahen, diesen Prozess aktiv zu gestalten. Der symbolische Wendepunkt kam auf dem Gipfel der Organisation der Islamischen Konferenz (OIK) in Teheran im Mai 2003, als Abdullah Gül, damals als türkischer Außenminister, die Mitglieder erstmals dazu aufrief, „*das eigene Haus in Ordnung zu bringen*“, ihre Demokratisierung voranzutreiben, Selbstkritik zu üben und sich mehr von Rationalität lenken zu lassen (Park 2005). Der Türkei schrieb er explizit eine Vermittlerrolle zu:

“Turkey is in a position to be an intermediary that can promote universal values shared with the West, such as democracy, human rights, the supremacy of the law and a market economy in the region.”
(Gül 2003)

In vielerlei Hinsicht war dieser Gipfel ein transformativer Moment, denn es war das erste Mal, dass die Türkei offiziell und glaubwürdig den Versuch unternahm, die an sie herangetragene Vermittlerrolle zwischen dem „Westen“ und der „islamischen Welt“ auszufüllen (Kirişçi 2004). Neben den deklaratorischen Vorstößen übernahm die Türkei ferner aktive Rollen in verschiedenen Dialogforen, die seit 2004 von der G8 im Rahmen der *Broader Middle East Initiative* lanciert wurden. Darüber hinaus initiierte die Türkei im November 2005 zusammen mit Spanien unter UN-Schirmherrschaft das „Zivilisationsbündnis“ (*Alliance of Civilizations*) mit dem Ziel, den Dialog zwischen dem „Westen“ und der „islamischen Welt“ auf höchster Ebene zu institutionalisieren (*Turkish Daily News* 16.07.2005; *International Herald Tribune* 06.02.2006). Allerdings muss kritisch angemerkt werden, dass der türkische Wille eine aktive Rolle bei den Dialog-Initiativen einzunehmen, zwar grundsätzlich positiv zu bewerten ist, aber die Wirkungsmächtigkeit der oben erwähnten Initiativen in Frage steht. Bislang konnten keine dynamisierenden Impulse der in den letzten Jahren angestoßenen zahlreichen US- und europäischen Programme und Initiativen beobachtet werden.

Trotz der positiven Entwicklungen in den türkisch-arabischen Beziehungen bleibt festzuhalten, dass der Erfolg türkischer „Werteprojektionen“ und reformorientierter Strömungen im Nahen Osten – seien sie islamisch-konservativer oder liberaler Couleur – von mindestens drei Faktoren abhängt, die nur mittelbar von der Türkei beeinflusst werden können und damit dem türkischen Engagement objektive Grenzen setzen. Zum einen brauchen die arabischen Reformbewegungen einen politischen Rahmen, der ihnen zivilgesellschaftliche Aktivitäten erlaubt und Anknüpfungspunkte für ihre Integration ins politische System bietet. Hier stehen die arabischen Regime selbst in der Pflicht. Zum zweiten ist die Verbesserung der sozioökonomischen Verhältnisse der Bevölkerungen von vitaler Bedeutung, um ihre Zustimmung und die Mobilisierung für Reformen zu sichern. Zum dritten sind Fortschritte im israelisch-arabischen Friedensprozess ausschlaggebend, da ohne eine dauerhafte Regelung dieses Konfliktes eine nachhaltige Entwicklung der Region kaum möglich ist. Solange es keine Fortschritte in diesen drei Bereichen gibt – worauf die Türkei wenig Einfluss hat –, bleiben auch die Möglichkeiten der Türkei für „Werteprojektionen“ in die Region begrenzt.

3.2 Die Türkei im Kaspischen Raum

Auch in der türkischen Politik gegenüber dem Kaspischen Raum²¹ kristallisiert sich seit Ende der 1990er Jahre ein Wandel vom Primat der Geopolitik hin zum Primat der Ökonomie heraus. Zentrale Linien, an denen sich dieser Wandel festmachen lässt, sind die türkisch-russischen Beziehungen sowie das Verhältnis zwischen Ankara und Armenien, das in den 1990er Jahren an die armenisch-aserbajdschanischen Beziehungen gekoppelt war. Beide Beziehungssachsen kennzeichnen sind durch mehr Pragmatismus.

21 Zum Subsystem des Kaspischen Raumes siehe List (2004) und Halbach (2002).

Auch hier hatte der Regierungsantritt der AKP 2002 Auswirkungen. Angesichts der Betonung der aktiven Realpolitik auf der Grundlage pragmatischer bilateraler Beziehungen im Konzept der „strategischen Tiefe“ rückte die Region stärker in den Mittelpunkt der türkischen Wirtschaft. Das primäre Ziel der Türkei war weiterhin, durch den Ausbau ihrer Rolle als Energieterminal ihre geoökonomische Position zu untermauern und ihre eigene Energiesicherheit zu wahren. Durch den Ausbau des Landes als Energiekorridor zwischen dem Kaspischen Raum und den westlichen Märkten versuchte die Türkei ferner zum vierten Pfeiler der europäischen Energieversorgung zu werden – nach Norwegen, Russland und Algerien. Dadurch versprach sie sich die Stärkung ihrer Verhandlungsposition gegenüber Europa, die Wahrung ihrer eigenen Versorgungssicherheit und einen Entwicklungsbeitrag zur Stabilisierung ihrer Nachbarschaft. Wichtige Meilensteine im Ausbau der Hafenstadt Ceyhan an der Mittelmeerküste zum „Rotterdam des Nahen Ostens“ (*Le Soir* 2005) waren die Eröffnung der Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline 2005 sowie der Blue-Stream-Pipeline 2003.

Zur Neuausrichtung der türkischen Kaspien-Politik kam es mit der Unabhängigkeit der kaukasischen und zentralasiatischen Staaten 1991. Der Kaspische Raum war Anfang der 1990er Jahre das vielversprechendste Handlungsfeld türkischer Außenpolitik und stand insbesondere im Fokus der türkischen Außenwirtschaftspolitik. Der Aktivismus Ankaras war in erster Linie eine Antwort auf die strukturellen Veränderungen im regionalen Umfeld mit Zerfall der Sowjetunion, wodurch sich der Türkei Handlungsoptionen zum Aufbau einer neuen Einflussphäre ergaben. Die türkischen Interessen waren daher ein Querschnitt aus politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen (Kut 1994).

Aus sicherheitspolitischer Sicht suchte die Türkei nach der Stabilisierung der Region, da das Machtvakuum ihre Sicherheit bedrohte. Politisch suchte sie nach Gestaltungsmöglichkeiten bei der Restrukturierung der Region. Als erster selbstständiger Nationalstaat der turksprachigen Turkvölker sah sie sich in der Pflicht, den Identitätsprozess der Turkstaaten zu forcieren, ihre Unabhängigkeit zu konsolidieren und ihre Transformation zur Marktwirtschaft und Demokratie zu unterstützen. Auch durch die USA und Europa wurde die Türkei schnell zum „Modell“ für die jungen Staaten stilisiert; durch eine aktive politische und wirtschaftliche Mittlerstellung der Türkei sollten die neuen Staaten dem Westen angenähert und dem iranischen und russischen Einfluss entgegengewirkt werden (Kut 1994; Oktav 2005). Dementsprechend betonte Ankara bei der Annäherung an die jungen Turkstaaten besonders die gemeinsamen historischen, kulturellen, ethnischen und religiösen Wurzeln (Karaosmanoğlu 1993). Aus ökonomischer Sicht zielte sie vor allem auf die Erschließung des Energiepotenzials der Region²², was bereits früh eine Schwerpunktverla-

22 Das wichtigste Entwicklungspotenzial der Region sind ihre Energiereserven (IEA 2004; Freitag-Wirringhaus 2005; Ağacan 2006). Ein Problem bei der Ausbeutung der Ressourcen ist allerdings, dass die Region *landlocked* ist, d. h. keinen Zugang zu den Weltmeeren und Weltmärkten hat. Die Produktionsstaaten sind auf die Überquerung fremder Territorien angewiesen, was sie wiederum in die Abhängigkeit des Transitlandes bringt, insbesondere Russland. Den Transitländern bieten sich durch die Routen strategische Kontrollmechanismen. Diese Abhängigkeit wirkt sich auf die Machtkonstellationen auch dann aus, wenn das Instrument der Lieferunterbrechung gar nicht eingesetzt wird, sondern nur potenziell verfügbar ist (Ege 2004). Noch in den 1990er Jahren verfügte Moskau über das Transportmonopol, da die vorhandene Infrastruktur über russisches Territorium verlief. So war aus Sicht der marktwirtschaftlichen Ökonomie und politischen Souveränität der Aufbau eines multiplen Pipelinesystems von Interesse, was die Entstehung neuer Monopolstrukturen erschweren und den freien Wettbewerb fördern sollte (Olçay 2001).

gerung der türkischen Kaspian-Politik auf den Kaukasus erkennen ließ. Innerhalb des Kaukasus lag der türkische Fokus aufgrund der kulturellen, linguistischen und historischen Affinität auf Aserbaidschan (Aydm 2001).

Im Gesamtbild betrachtet kann die türkische Kaspian-Politik der 1990er Jahre unterteilt werden in eine emotionale Phase (1991–1995), in welcher der Wunsch eine „türkische Welt von der Adria bis zur Chinesischen Mauer“ aufzubauen überwog, und eine ökonomisch-pragmatische Phase (ab 1995), die von mehr Nüchternheit geprägt war. Denn das anfangs offensive Vorgehen der Türkei führte zwischen 1993 und 1995 zu einer geopolitischen Konkurrenz mit Russland, die sich insbesondere im Kaukasus abzeichnete. In derselben Zeit verschärften sich die innenpolitischen Spannungen durch die Kämpfe in Südostanatolien, welche die politischen und wirtschaftlichen Kapazitäten der Türkei beanspruchten. Es wurde offensichtlich, dass Ankara die Kapazitäten zur Übernahme der regionalen Ordnungsfunktion fehlten, woraufhin die außenpolitischen Eliten ab 1995 realistischere Ziele in verstärkter Rückkopplung an die USA formulierten.²³

Von den meisten Regionalstaaten wurden die türkischen Aktivitäten zunächst wohlwollend aufgenommen. Die Staaten erhofften sich von der Zusammenarbeit mit der Türkei eine Durchbrechung ihrer Isolation und den Aufbau wirtschaftlicher Beziehungen mit westlichen Institutionen zur Wahrung ihrer neu erlangten Unabhängigkeit. Allerdings divergierten die Ansichten wie weit die Kooperation mit Ankara gehen sollte. Da die Türkei dazu tendierte, die Attitude eines Patrons einzunehmen, lehnten dies die jungen Staaten angesichts der jahrzehntelangen Bevormundung durch die Sowjetunion ab. Auch stellte sich heraus, dass die Türkei ihr ökonomisches Handlungspotenzial überschätzt hatte und der Region kaum Entwicklungsimpulse geben konnte. Wenn auch die ökonomische Bilanz des türkischen Engagements Ende der 1990er Jahre beachtlich war und über 2500 Gesellschaften mehr als 8 Mrd. USD investiert (Önis 2001),²⁴ blieb die Türkei im Vergleich zu Russlands Wirtschaftsbilanz eher marginal. Ein wesentlicher Wettbewerbsnachteil der Türkei im Vergleich zu Russland war die fehlende direkte Infrastruktur, da das von der Sowjetunion geerbte Transportnetz auf Russland ausgerichtet war, was die neuen Staaten weiterhin in struktureller Abhängigkeit zu Moskau hielt.

Bereits Mitte der 1990er Jahre war eine Schwerpunktverlagerung der türkischen Kaspian-Politik auf den Kaukasus zu erkennen. Priorität genossen dabei die Beziehungen zu Aserbaidschan, die von Anfang an im Schatten des Karabach-Konflikts standen. Die kompromisslose Parteinahme Ankaras für Baku belastete die ohnehin gespannten Beziehungen zwischen der Türkei und Armenien. Zentrale Konfliktpunkte zwischen der Türkei und Armenien waren die Forderungen Armeniens nach einer Revision der türkisch-armenischen Grenze, die sich in der Präambel der armenischen Verfassung fand, und die

23 Die türkisch-amerikanische Zusammenarbeit konzentrierte sich hauptsächlich auf den Aufbau eines Ost-West-Energiesektors mit der Türkei als Dreh- und Angelpunkt unter Umgehung Russlands und Irans. Das Konzept basierte auf zwei Pfeilern: der Ölpipeline von Baku nach Ceyhan via Tiflis (BTC) und der Gasleitung von Turkmenistan in die Türkei via Aserbaidschan. Von der BTC versprach sich die Türkei eine Erhöhung ihrer geostrategischen Bedeutung, da neben den lukrativen Transitkosten vor allem die Kontrolle des Energieflusses zwischen Ost und West die regionale Rolle der Türkei unterstreichen sollten. Der zweite Pfeiler war eine Gasleitung zwischen Turkmenistan und der Türkei, die nach Europa hin verlängert werden sollte.

24 Zu den Sektoren, in denen die Türkei Erfolge verbuchen und Präsenz aufbauen könnte, gehörten die Textilbranche, der Bausektor, der Telekommunikations- und Maschinenbausektor.

Forderung Erivans, den Tod von über einer Million Armenier 1915/16 im damaligen Osmanischen Reich als Genozid anzuerkennen. Ein unabhängiges Georgien war der zweite Schwerpunkt der türkischen Kaukasus-Politik. Denn aufgrund der gespannten Beziehungen zu Armenien avancierte Georgien zum wichtigsten Verbindungsland für eine transkaukasische Energieleitung in die Türkei (Gumpel 2000).

An dieser Stelle kollidierten Ankaras Ambitionen auf Mitbestimmung besonders stark mit dem russischen Konzept des Near Abroad, in dessen Rahmen Moskau die Wiederbelebung seiner Hegemonie im Kaspischen Raum suchte (Arbatov 1993). Besonders deutlich wurde der geopolitische Wettbewerb zwischen der Türkei und Russland bei der Konkurrenz um die Hauptexportpipeline zwischen den Weltmärkten und der Kaspischen Region. Weitere Interessenskonflikte mit Ankara ergaben sich angesichts des türkischen Engagements zugunsten Aserbaidschans im Karabach-Konflikt (welcher ein russisches Engagement zugunsten Armeniens gegenüberstand), der militärischen Kooperation mit Georgien (welcher die Präsenz russischer Truppen in den abtrünnigen georgischen Provinzen Abchasien, Adschariens und Südossetiens entgegenstand) sowie der inoffiziellen Unterstützung der tschetschenischen Rebellen (welcher Russland mit Unterstützung für die PKK antwortete).

Doch waren bereits Ende der 1990er Jahre Ambivalenzen im türkisch-russischen Verhältnis sichtbar, da es neben den konkurrierenden auch gemeinsame Interessen im Bereich der Energie- und Handelskooperation gab. Durch eine Zusammenarbeit im Energiesektor stieg Russland bereits 1996 zum primären Gaslieferanten der Türkei auf. Auch das Handelsvolumen überstieg das mit den Turkstaaten. Dieses Beispiel zeigte, dass starke Rivalität und ökonomische Kooperation durchaus möglich waren, weshalb Duygu Bazoğlu Sezer das bilaterale Verhältnis als „*virtual rapprochement*“ interpretierte (Bazoğlu Sezer 2000).

Nach 2001 schließlich erhielt das türkisch-russische Verhältnis eine neue Qualität und die ehemals von Konkurrenz geprägte Region arrivierte zum bilateralen Kooperationsfeld. Dafür gab es im Wesentlichen drei Hintergründe: a) die neuen Machtkonstellationen im Kaspischen Raum im Zuge des von den USA ausgerufenen „Kampfs gegen den internationalen Terrorismus“, der mit einer stärkeren militärischen Präsenz Washingtons in der Region verbunden war, b) die veränderte Sicherheitsperzeption auf beiden Seiten in Folge des Irakkrieges und c) die wachsenden ökonomischen Verflechtungen. Zum neuen Ziel beider Länder wurde der Aufbau einer mehrdimensionalen strategischen Zusammenarbeit im Energie-, Handels- und Militärbereich (Abkommen 2001). Anknüpfungspunkt waren die in den 1990er Jahren stetig wachsenden Beziehungen im Energiesektor, die sich seit 2002 sukzessive auf die politische Ebene ausweiteten.

Auf der bilateralen Agenda standen eine energiepolitische Zusammenarbeit, die verbunden war mit großen Investitionsplänen russischer Unternehmen im türkischen Energiesektor, eine geheimdienstliche Zusammenarbeit und die Ausweitung der Handelsbeziehungen. 2005 schließlich erklärte Russland offiziell, seine Unterstützung für die PKK beenden zu wollen (wenngleich damit keine Aufnahme der PKK in seine Liste terroristischer Organisationen verbunden war). Umgekehrt verpflichtete sich die Türkei, tschetschenische Re-

bellan an Russland auszuliefern (Everts 2004).²⁵ Auch im Energiebereich kam es mit der Eröffnung der Blue-Stream-Gaspipeline 2003 zur stärkeren Zusammenarbeit. Das Besondere an dieser Pipeline war, dass russisches Gas erstmals ohne Zwischenstopp in die Türkei fließen konnte. Mit der Eröffnung der direkten Gasleitung zwischen Russland und der Türkei baute Russland seine Position als Hauptenergielieferant der Türkei weiter aus und deckte nun über zwei Drittel des türkischen Gasbedarfs. Auch das bilaterale Handelsvolumen erreichte 2004 mit 10 Mrd. USD eine Rekordhöhe und Russland wurde nach Deutschland zum wichtigsten Handelspartner der Türkei.

Die neue Qualität in den türkisch-russischen Beziehungen ging einher mit signifikanten Veränderungen in der türkischen Armenien-Politik. Die Beziehungen zu Armenien wurden von den Beziehungen zu Aserbaidschan entkoppelt und es kam zu neuen Vorstößen in den Hauptspannungsfeldern, insbesondere bei der Frage nach der Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern. Traditionell wurden von offizieller türkischer Seite jegliche Diskussionen oder Aufforderungen zur Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern abgelehnt. Die offizielle Position der Türkei wandelte sich insofern, als dass sie einen Spielraum für mögliche Diskussionen ermöglichte.²⁶ Auch im Karabach-Konflikt löste sich Ankara immer mehr von seiner Parteinahme für Baku und versuchte die Stellung eines Mittlers einzunehmen.²⁷ Dazu initiierte sie verschiedenen trilaterale Dialogfora (*Milliyet* 30.06.2002), aber auch bilaterale Treffen, bei denen es im Wesentlichen um die Öffnung der türkisch-armenischen Grenze ging (*Hürriyet* 10.09.2003).

Ab 2004 bekam die neue kooperative Linie der türkischen Erivan-Politik mehr Profil: Die Regierung hielt die Öffnung der türkisch-armenischen Grenze prinzipiell für „möglich und wünschenswert“, wenn die türkischen Bemühungen um Frieden nicht unbeantwortet blieben (*Baku Sun* 26.04.2004) – eine Haltung, die in Aserbaidschan heftig kritisiert wurde. Erheblicher Druck aus Baku, die energiepolitische Zusammenarbeit einstellen zu wollen, und innertürkische Turbulenzen, die nationalistischen Kräften Auftrieb verliehen, hindernten allerdings bis heute substanzielle Fortschritte im bilateralen Verhältnis.

25 Bereits 1999 gab es einen Beschluss des Ministerpräsidenten Ecevit, Aktivitäten türkischer Nichtregierungsorganisationen, die tschetschenische Rebellen unterstützten, zu verbieten und ihre Finanzen einzufrieren.

26 Die Regierung schlug vor, eine multilaterale Historikerkommission einzuberufen, die die damaligen Ereignisse durch die Erforschung der Archive interpretieren sollte, und sagte zu, die Ergebnisse der Kommission als verbindlich anzuerkennen (Ağacan 2006). Ferner fand im Jahr 2006 in Istanbul eine international besetzte, akademische Konferenz zur Untersuchung des Genozids an den Armeniern statt, die von nationalistischen Kreisen zwar abgelehnt, von der Regierung und liberalen Intellektuellen aber unterstützt wurde (*Yeni Safak* 20.09.2006). Diese Konferenz war die erste öffentliche Veranstaltung in der Türkei, auf der alle Ansichten zu den Ereignissen 1915 vorgetragen und auch die Frage, ob es ein Genozid war oder nicht, diskutiert wurden (Akyol 2005).

27 Die Türkei schlug vertrauensbildende Maßnahmen vor. So sollten türkische und aserbaidsschanische Handelssanktionen gegen Erivan gelockert werden, wenn sich Armenien von einem Teil Karabachs zurückziehe (*Milliyet* 22.04.2005).

4 Fazit

Wie eingangs formuliert, zielte diese Arbeit darauf, zu untersuchen, a) welche endogenen Erklärungsfaktoren sich für den außenpolitischen Wandel der Türkei heranziehen lassen, b) welche innenpolitischen Akteure Träger dieses Wandels sind und wofür sie stehen, c) wie stabil dieser Transformationsprozess ist und welche Faktoren ihn beeinflussen und d) inwiefern sich dadurch die Chance für die Türkei ergibt, eine potenzielle Triebkraft für regionale Kooperation zu werden.

Es wurde gezeigt, dass sich die türkische Regionalpolitik sukzessive von einer unilateralen, sicherheitsfixierten Außenpolitik zu einer multilateralen und kooperationsorientierten Politik wandelt. Dies kann im Wesentlichen auf die Pluralisierung der außen- und sicherheitspolitischen Debatten zurückgeführt werden, die im Zuge der wirtschaftlichen Liberalisierung und innenpolitischen Öffnung einsetzte. Eine zunehmende „Ökonomisierung“ der Außenpolitik führte zu einem pragmatischeren, weniger ideologischen regionalen Auftreten und machte die Türkei insgesamt berechenbarer.

Allerdings bleibt festzuhalten, dass dieser innere Liberalisierungs- und Öffnungsprozess noch in der Konsolidierungsphase ist und einer genauen Beobachtung bedarf. Die zunehmende gesellschaftliche und politische Polarisierung zwischen Status-quo-Mächten und „neuen“ Eliten führte in den letzten zwei Jahren immer wieder zu Machtkämpfen, die das Land an den Rand einer Staatskrise brachten. Auch der Reformprozess im Rahmen der EU-Annäherung stagnierte.

Ohne Zweifel jedoch wird eine stabile Türkei, die ihren Reformprozess fortsetzt, auch in ihrer Nachbarschaft mehr Glaubwürdigkeit ausstrahlen und Akzeptanz gewinnen. Daher wird die zukünftige regionale Rolle der Türkei zum einen durch ihre innenpolitische Lage bestimmt werden und zum anderen von den Entwicklungen an ihren Grenzen. Dabei steht die Türkei vor zwei zentralen Herausforderungen: die Konsolidierung ihrer eigenen Stabilität durch eine Fortsetzung des Reformprozesses und die Stabilisierung des regionalen Umfeldes.

Die wichtigste Herausforderung besteht darin, ihre politische und wirtschaftliche Stabilität zu konsolidieren. Die Aufgaben reichen von der Fortführung der demokratischen Reformen, der nachhaltigen Lösung der Minderheitenprobleme bis hin zur institutionellen Zementierung der Synthese von Säkularismus und muslimischer Identität. Wenn auch die Reformen in der Türkei, wie gezeigt wurde, nicht um Brüssel Willen durchgeführt wurden, beschleunigte die glaubwürdige EU-Beitrittsperspektive diesen Prozess. Das lässt darauf hoffen, dass solange die Beitrittsperspektive weiterhin glaubwürdig vermittelt wird, die türkische Gesellschaft und Politik ihren Weg der „Europäisierung“ fortsetzen wird. Eine völlige Abkehr von der EU ist selbst bei einem Regierungswechsel nicht wahrscheinlich, da der Wunsch nach einer vollwertigen Integration in die europäischen Staatengemeinschaft auf einem breiten Konsens unterschiedlichster gesellschaftlicher Kräfte basiert.

Eine weitere Herausforderung für die türkische Regionalpolitik ergibt sich aus der instabilen Nachbarschaft selbst. Der ungelöste Nahost-Konflikt, die instabile Lage im Irak wie auch die „eingefrorenen“ Konflikte im Kaukasus berühren türkische Interessen im Sicherheits- wie auch Wirtschaftsbereich. Der wichtigste Schritt in Richtung einer Stabilisierung dieser Unruheherde liegt in der Regelung des Nahost-Konflikts, da eine nachhaltige Entwicklung der gesamten Region ohne eine Lösung der israelisch-arabischen Frage

nicht möglich ist. Eine Lösung dessen wiederum bedingt eine enge Zusammenarbeit aller beteiligten regionalen Akteure, wie auch der EU und insbesondere den USA. Letztere sind die einzige Macht, die sowohl die militärischen und wirtschaftlichen Kapazitäten als auch den politischen Einfluss besitzt, eine dauerhafte Regelung zu erreichen. Die Regelung des Nachost-Konfliktes ist die wichtigste Voraussetzung für die wirtschaftliche und politische Modernisierung der gesamten Krisenregion – was wiederum einer der größten Herausforderungen der kommenden Dekaden ist.

Literaturverzeichnis

- Ağacan, Kamil* (2006): Güney Kafkasya, Ankara: Avrasya Stratejik Araştırmalar Merkezi
- Agai, Bekim* (2004): Islam und Kemalismus in der Türkei, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (33–34/2004), 18–24
- Ahmad, Feroz* (1993): The making of modern Turkey, London: Routledge
- Akyol, Taha* (2005): Ermeni konferansı, in: *Milliyet* 26.09.2005
- Altunışık, Meliha Benli* (1998): Güvenlik Kısılcığında Türkiye-Ortadoğu İlişkileri, in: Gencer Özcan / Şule Kut (Hrsg.), *En Uzun Onyıl: Türkiye'nin Ulusal Güvenlik ve Dış Politika Gündeminde Doksanlı Yıllar*, Istanbul: Büke Yayınları, 329–353
- (2005): The Turkish model and democratization in the Middle East, in: *Arab Studies Quarterly* 27 (1–2), 45–63
- Aras, Bülent* (2004): Turkey and the greater Middle East, Istanbul: Tasam Yayınları
- (2005): Turkey and the GCC: an emerging relationship, in: *Middle East Policy* XII (4), 89–97
- Arbatov, Alexei G.* (1993): Russia's foreign policy alternatives, in: *International Security* 18 (2), 5–43
- Arslan, Hatice* (2005): Hoffnungen und Befürchtungen angesichts des EU-Beitritts: ein Überblick über die innertürkische Debatte, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung
- Ayata, Sencer* (2004): Changes in domestic politics and foreign policy orientation of the AK party, in: G. Lenore Martin et al. (Hrsg.), *The future of Turkish foreign policy*, Cambridge, Mass.: MIT Press 2004, 243–279
- Aydın, Mustafa* (2001): Global Değişim ve Genişleyen Türk Dünyası: Türkler ve Türkiler, in: Çalış, Şaban H. / İhsan D. Dağı / Ramazan Gözen (Hrsg.): *Türkiye'nin Dış Politika Gündemi: Kimlik, Demokrasi, Güvenlik*, Ankara: Liberte Yayınları, 271–291
- Aydın, Suavi* (2005): Amacımız Devletin Bekası: Demokratikleşme Sürecinde Devlet ve Yurttaşlar, Istanbul: Türkiye Ekonomik ve Sosyal Etüdler Vakfı Demokratikleşme Programı
- Bagci, Hüseyin* (2001): Cem's visit to Iran: winning a small battle?, in: *Turkish Daily News* 13.02.2001
- Bardakci, Mehmet* (2008): Civil-military relations in Turkey under the AKP government, in: *Südosteuropa Mitteilungen* 48 (2), 20–37
- Bayramoğlu, Ali* (2006): Çağdaşlık hurafe kaldırmaz: Demokratikleşme sürecinde dindar ve laikler, Istanbul: Türkiye Ekonomik ve Sosyal Etüdler Vakfı Demokratikleşme Programı
- Bazoğlu Sezer, Duygu* (1995): View from Turkey: Turkey's new security environment, nuclear weapons and proliferation, in: *Comparative Strategy* 14 (2), 149–172
- (2000): Turkish-Russian relations in the 1990s: from adversity to „virtual rapprochement“, in: Alan Makovsky / Sabri Sayari (Hrsg.), *Turkey's new world: changing dynamics in Turkish foreign policy*, Washington, DC: Washington Institute for Near East Policy, 92–115
- Boratav, Korkut* (1995): 1980'li Yıllarda Türkiye'de Sosyal Sınıflar, Istanbul: İmge Kitabevi
- Burton, Michael / Richard Gunther / John Higley* (1992): Introduction: elite transformations and democratic regimes, in: John Higley / Richard Gunther (Hrsg.), *Elites and democratic consolidation in Latin America and Southern Europe*, London: Cambridge University Press, 1–37
- Büyükanıt, Yaşar* (2006): Devir-Teslim Konuşması; online: http://www.tsk.mil.tr/bashalk/konusma_mesaj/2006/orgyasarbuyukanitdvrtslkonusmasi_28082006.htm (Stand: 01.10.2006)
- Buzan, Barry / Thomas Diez* (1999): The European Union and Turkey, in: *Survival* 41 (1), 41–57
- Cağaptay, Soner* (2002): The November 2002 elections and Turkey's new political era, in: *Middle East Review of International Affairs* 6 (4), 42–48
- (2004): Where goes the U.S.-Turkish relationship?, in: *Middle East Quarterly* XI (4); online: <http://www.meforum.org/article/657> (Stand: 16.06.2006)
- (2006): Islam, secularism, and nationalism in modern Turkey: who is a Turk?, London: Routledge
- Çakır, Ruşen* (1994): Ne Şeriat Ne Demokrasi: Refah Partisini Anlamak, Istanbul: Metis Yayınları

- Çalış, Şaban H. (2001): Ulus, Devlet ve Kimlik Labirentinde Türk Dış Politikası, in: Şaban H. Çalış / Ihsan Dağı / Ramazan Gözen (Hrsg.), Türkiye'nin Dış Politika Gündemi: Kimlik, Demokrasi, Güvenlik, Ankara: Liberte Yayınları, 3–34
- Çarkoğlu, Ali (2002): Turkey's November 2002 elections: a new beginning?, in: *Middle East Review of International Affairs* 6 (4), 30–41
- Çarkoğlu, Ali / Binnaz Toprak (2006): Değişen Türkiye'de din, toplum ve siyaset, İstanbul: Türkiye Ekonomik ve Sosyal Etüdler Vakfı Demokratikleşme Programı
- Çaycı, Sadi (2006): Avrupa Birliği'ne Giriş Sürecinde Türk Askeri Hukukunun Durumu, in: *Stratejik Analiz*, Ağustos, 50–56
- Cem, Ismail (2004): Türkiye Avrupa Avrasya, İstanbul: İş Bankası Kültür Yayınları
- Çetinsaya, Gökhan (2005): Turkey's stature of a Middle Eastern power, in: Bruce Maddy-Weizman / Asher Susser (Hrsg.), Turkish-Israeli relations in a trans-atlantic context: wider Europe and the greater Middle East, Tel Aviv: The Moshe Dayan Center, Tel Aviv University (Conference Proceedings), 45–50
- Chase, Robert S. / Emily B. Hill / Paul Kennedy (1996): Pivotal states and U.S. strategy, in: *Foreign Policy Affairs* 75 (1), 33–51
- Dağı, Ihsan (1998) Kimlik Söylem ve Siyaset: Doğu-Batı Ayrımında Refah Partisi Geleneği, Ankara: Imge Kitabevi
- (2008): Turkey's AKP in power, in: *Journal of Democracy* 19 (3), 25–30
- Davutoğlu, Ahmet (2001): Stratejik Derinlik. Türkiye'nin Uluslararası Konumu, İstanbul: Küre Yayınları
- (2004): Türkiye Merkez Ülke Olmalı, in: *Radikal* 26.02.2004
- Efegil, Ertan / Çolak, Yılmaz (2003): Geçiş sürecinde Orta Asya: Liderlik, Milliyetçilik ve Demokrasi, in: Ertan Efegil / Pınar Akçalı (Hrsg.), Orta Asya'nın Sosyo-Kültürel Sorunları: Kimlik, İslam, Milliyet ve Etnisite, İstanbul: Gündoğan, 201–219
- Ege, Yavuz (2004): AB'nin enerji politikası ve Türkiye, Ankara: Ulusal Politika Araştırmaları Vakfı
- Eksi, Davut (2000): 'İmaj Sorunu' ve Türk-Arap İlişkileri Üzerine Bir Değerlendirme, in: *Avrasya Dosyası*, 6 (1), 124–131
- Embassy of the Russian Federation in Turkey (2001): Avrasya'da İşbirliği Eylem Planı (İkili İşbirliğinden Çok Boyutlu Ortaklığa); online: http://www.turkey.mid.ru/relat_2_1.html (Stand: 01.10.2006)
- Erdoğan Tosun, Gülgün (2001): Demokratikleşme Perspektifinden Devlet-Sivil Toplum İlişkisi (Türkiye Örneği), İstanbul: Alfa Basın Yayın Dağıtım
- EU Kommission (1998): Regelmäßiger Bericht der EU-Kommission über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, November, Brüssel
- (2000): Grünbuch: hin zu einer europäischen Strategie für Energieversorgungssicherheit, Brüssel, 29.11.2000, KOM(2000)769 (endgültig)
- (2004): Empfehlung der EU-Kommission zu den Fortschritten der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, Oktober, Brüssel
- (2007): Türkei 2007 Fortschrittsbericht, November, Brüssel
- Everts, Steven (2004): An asset but not a model: Turkey, the EU and the wider Middle East, London: Center for European Reform
- Farrell, R. Barry (Hrsg.) (1966): Approaches to comparative and international politics, Evanston, Ill.: Northwestern University Press
- Franz, Erhard (2000): Wie demokratisch ist die Türkei? Das Militär als „Großer Bruder“ im Hintergrund: das türkische Regierungssystem, in: *Der Bürger im Staat* 50 (1), 27–36
- Freitag-Wirringhaus, Rainer (2005): Die Stellung des Islam und des islamischen Rechts in ausgewählten Staaten: Rußland, islamische Republiken des Kaukasus und Zentralasien, in: Werner Ende / Udo Steinbach (Hrsg.), Der Islam in der Gegenwart, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 277–305
- Fuller, Graham E. (2004): Turkey's strategic model: myths and realities, in: *The Washington Quarterly*, Summer, 51–64
- Gençkaya, Ömer Faruk (2000): Siyasi Partilere ve Adaylara Devlet Desteği. Bağışlar ve Seçim Giderlerinin Sınırlandırılması: Karşılaştırmalı Bir İnceleme ve Türkiye İçin Öneriler, in: Ali Çarkoğlu et al. (Hrsg.), Siyasi Partilerde Reform, İstanbul: Türkiye Ekonomik ve Sosyal Etüdler Vakfı, 55–14

- Göksel, Nigar / Güneş, Rana Birden* (2005): The role of NGOs in the European integration process: the Turkish experience, in: *South European Society and Politics* 10 (1), 57–72
- Göle, Nilüfer* (1994): Toward an autonomisation of politics and civil society in Turkey, in: Metin Heper / Ahmet Evin (Hrsg.), *Politics in the third Turkish republic*, Boulder: Westview Press, 213–222
- Grigoriadis, Ioannis N.* (2004): AKP and the paradox of islamic europhilia, in: *Turkish Policy Quarterly* 3 (1), 65–70
- Gumpel, Werner* (1998): An der Nahtstelle von Europa und Asien: die Mittlerrolle der türkischen Regionalmacht, in: *Internationale Politik* 1, 17–22
- (2000): Ordnungsfaktor in unsicherem Umfeld: die Regionalmacht Türkei und ihre Nachbarn, in: *Internationale Politik* 11, 21–28
- Gül, Abdullah* (2003): Speech at the meeting of the Organisation of Islamic Conference in Teheran on 28 May 2003; online: <http://www.mfa.gov.tr/groupa/ai/middleeast.gul.htm> (Stand: 15.01.2006)
- Güralp, Haldun* (2005): The Turkish route to democracy: domestic reform via foreign policy, in: Samuel Wells / Ludger Kühnhardt (Hrsg.), *The crisis in trasatlantic relations*, Bonn: Zentrum für Europäische Integrationsforschung, 75–86
- Gündem, Mehmet* (2007): Özal’ın mirası Erdoğan’da, in: *Yeni Safak* 23.4.2007
- Gürbey, Gülistan* (1997): Türkische Außenpolitik unter Necmettin Erbakan: Islamistische Wende?, in: *Südosteuropa Mitteilungen* 37 (2), 125–139
- (2005): Außenpolitik in defekten Demokratien: Entscheidungsprozesse in der Türkei 1983–1993, Frankfurt a. M.: Campus
- Halbach, Uwe* (2002): Sicherheit in Zentralasien: Hintergründe im Schachspiel auf dem eurasischen Feld, in: *Reader Sicherheitspolitik*, 8
- Harris, George* (1988): The role of the military in Turkey: guardians or decision-makers?, in: Metin Heper / Ahmet Evin (Hrsg.), *State, democracy and the military: Turkey in the 1980s*, Berlin, New York: Gruyter, 177–200
- Heper, Metin* (1985): *The state tradition in Turkey*, London: Eothen Press
- (1992): The strong state as a problem for the consolidation of democracy: Turkey and Germany, in: *Comparative Political Studies* 25 (2), 169–194
- Hoffmann, Judith* (2003): *Aufstieg und Wandel des politischen Islam in der Türkei*, Berlin: Hans Schiler Verlag
- Holsti, Kalevi J.* (1995): *International politics: a framework for analysis*, 7. ed., Englewood Cliffs: Prentice Hall
- IEA (International Energy Agency)* (2004): *World energy outlook 2004*, Paris
- Insel, Ahmet / Ahmet Esat Bozyiğit* (2005): *Demokratiediskurse der türkischen Parlamentarier bezüglich der EU-Beitrittsoption der Türkei: Demokratisierung à la Turca und die Europäische Union: eine inhaltsanalytische Untersuchung der Demokratiediskurse im türkischen Parlament (1996–2003)*, Istanbul: Galata Üniversitesi
- Kadioğlu, Ayşe* (2005): Civil society, Islam and democracy in Turkey: a study of three islamic non-governmental organizations, in: *The Muslim World* 95 (1), 23–41
- Karaman, Lutfullah* (1999): Liberal Demokrasi ve Post-Modern Darbe, in: *Yeni Türkiye* 1 (25), 180–188
- Karaosmanoğlu, Ali L.* (1988): Turkey and the Southern Flank: domestic and external contexts, in: John Chipman (Hrsg.), *NATO’s southern allies: internal and external challenges*, London, New York: Routledge, 30–64
- (1993): Officers: westernization and democracy, in: Metin Heper / Ayşe Öncü / Heinz Kramer (Hrsg.), *Turkey and the West: changing political and cultural identities*, London, New York: I. B. Tauris, 19–34
- Keyman, E. Fuat* (1999): *Türkiye ve Radikal Demokrasi: Modern Zamanlarda Siyaset ve Demokratik Yönetim*, Istanbul: Bağlam Yayınları
- Keyman, E. Fuat / İçduygu, Ahmet* (2003): Globalization, civil society and citizenship in Turkey: actors, boundaries and discourses, in: *Citizenship Studies* 7 (2), 219–234
- Kirchmann, Hans* (2002): *Endzeit des Kemalismus*, Deutsch-Türkische Stiftung; online: <http://www.dtsinfo.de/deutsch/p200211/Seite31.htm> (Stand: 10.10.2006)

- Kirişçi, Kemal* (1994): Uluslararası Sistemdeki Değişmeler ve Türk Dış Politikasının Yeni Yönelimleri, in: Faruk Sönmezoğlu (Hrsg.), *Türk Dış Politikasının Analizi*, Istanbul: Der Yayınları, 393–417
- (2004): Between Europe and the Middle East: the transformation of Turkish policy, in: *Middle East Review of International Affairs* 8 (1), 39–51
- (2006): Turkey's foreign policy in turbulent times, Paris: European Union Institute for Security Studies (Chaillot Paper 92)
- Kramer, Heinz* (2000): A changing Turkey: the challenges to Europe and the United States, Washington, DC: Brookings Institution Press
- (2004): Demokratieverständnis und Demokratisierungsprozesse in der Türkei, SWP-Studie, in: *Südosteuropa Mitteilungen* 44 (1), 30–43
- (2006): Unruhen im türkischen Kurdengebiet. Herausforderungen für die Türkei und die EU, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP Aktuell 2006/A 20)
- Kut, Gün* (1994): Yeni Türk Cumhuriyetleri ve Uluslararası Ortam, in: Büşra Ersanlı Behar (Hrsg.), *Bağımsızlığın İlk Yılları: Azerbaycan, Kazakistan, Kırgızistan, Özbekistan, Türkmenistan*, Ankara: Kültür Bakanlığı Yayınları, 9–24
- Larrabee, Stephen F. / Lesser, Ian O.* (2003): Turkish foreign policy in an age of uncertainty, Santa Monica, Calif.: Rand Corporation
- List, Dörthe* (2004): Regionale Kooperation in Zentralasien: Hindernisse und Möglichkeiten, Herborn, Gießen, Univ., Diss.; online: <http://geb.uni-giessen.de/geb/volltexte/2005/2006/> (Stand: 01.10.2006)
- Makovsky, Alan* (1999): The new activism in Turkish foreign policy, in: *School of Advanced International Studies Review* 19 (1), 92–113
- Mardin, Şerif* (1993): Türkiye'de Din ve Siyaset, Istanbul: İletişim Yayınları
- (2000): Türk Siyasetini Açıklayabilecek Bir Anahtar: Merkez-Çevre İlişkileri, in: Ersin Kalaycıoğlu / Ali Yaşar Sarıbay (Hrsg.), *Türkiye'de Politik Değişim ve Modernleşme*, Istanbul: Alfa Basım Yayımlar Dağıtım, 79–101
- Medick-Krakau, Monika* (1999): Außenpolitischer Wandel: Diskussionsstand, Erklärungsansätze, Zwischenergebnisse, in: Monika Medick-Krakau (Hrsg.), *Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: die USA und die Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden: Nomos, 3–32
- Mielke, Christoph* (2007): Wandel der türkischen Nahostpolitik: Außenpolitik zwischen regionalem Führungsanspruch und Interessenskonflikten, Berlin: Netzwerk Türkei (Working Paper 3)
- Müller, Friedemann* (2003): Versorgungssicherheit: die Risiken der internationalen Energieversorgung, in: *Internationale Politik* 3, 3–10
- Müller, Harald / Thomas Risse-Kappen* (1990): Internationale Umwelt, gesellschaftliches Umfeld und außenpolitischer Prozess in liberaldemokratischen Industrienationen, in: Volker Rittberger (Hrsg.), *Theorien der internationalen Beziehungen: Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven*, Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 375–400
- Müller, Friedemann / Enno Harks* (2005): Energieversorgung – Sicherheitsprobleme des 21. Jahrhunderts, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (Diskussionpapier)
- Nachmani, Amikam* (2003): Turkey's dilemma: going west to Europe? To America?, in: BESA Colloquia on Strategy and Diplomacy (Hrsg.), *Turkey-Israel-US dialogue*, Ramat Gan: Begin-Sadat Center for Strategic Studies, 12–21
- Nesipli, Nesip* (2000): Azerbaycan ve Moskova-Erivan-Tahran İttifakının Jeopolitik Kuşatması, in: *Stratejik Analiz*, Ağustos, 61–73
- Oğuzlu, Tarik* (2004): The impact of 'Democratization in the context of the EU accession process' on Turkish foreign policy, in: *Mediterranean Politics* 9 (1), 94–113
- Oktav, Özden Zeynep* (2004): Changing security perceptions in Turkish-Iranian relations, in: *Perceptions* IX (2), 103–117
- (2005): American policy towards the Caspian Sea and the Baku-Tbilisi-Ceyhan Pipeline, in: *Perceptions* X (1), 17–33

- Olçay, Bülent* (2001): *Avrasya’da Hazar Denklemi*, in: Idris Bal (Hrsg.), 21. Yüzyılın Eşiğinde Türk Dış Politikası, İstanbul: Alfa Basım Yayın, 373–380
- Oran, Baskın* (1999): *Atatürk Milliyetçiliği, resmî ideoloji dışı bir inceleme*, Ankara: Bilgi Yayınevi
- (2004): *Türkiye’de Azınlıklar: Kavramlar, Lozan, İç Mevzuat, İçtihat, Uygulama*, İstanbul: Türkiye Ekonomik ve Sosyal Etüdler Vakfı
- Öniş, Ziya* (2001): *Turkey and the post-soviet states: potential and limits of regional power influence*, in: *Middle East Review of International Affairs* 5 (2), 66–74
- (2006): *Turkey and the Middle East after September 11*; online: <http://home.ku.edu.tr/~zonis/fall02/middle.pdf> (Stand 01.10.2006)
- Özcan, Gencer* (1994): *Türkiye’de Siyasal Rejim ve Dış Politika*, in: Faruk Sönmezoğlu (Hrsg.), *Türk Dış Politikasının Analizi*, İstanbul: Der Yayınları, 293–315
- (1998): *Onbir Aylık Saltanat: Siyaset, Ekonomi ve Dış Politikada Refahiyol Dönemi*, İstanbul: Boyut
- (2005): *Türkiye-İsrail İlişkilerinde Dönüşüm: Güvenliğin Ötesi*, Ankara: Türkiye Ekonomik ve Sosyal Etüdler Vakfı
- Özdemir, Cem* (2006): *Die Armee gehört in die Kaserne: über das Verhältnis von Militär und Politik in der Türkei*, in: *Südosteuropa Mitteilungen* 46 (3), 46–53
- Özkök, Hilmi* (2006): *Press conference on 13 April 2004*; online: http://www.belgenet.com/2004/ozkok_130404.html (Stand: 01.10.2006)
- Park, Bill* (2003): *Strategic location, political dislocation: Turkey, the United States, and Northern Iraq*, in: *Middle East Review of International Affairs* 7 (2), 11–23
- (2005): *Turkey’s policy towards Northern Iraq: problems and perspectives*, London: Routledge
- Perthes, Volker* (2000): *Vom Krieg zur Konkurrenz: regionale Politik und die Suche nach einer neuen arabisch-nahöstlichen Ordnung*, Baden-Baden: Nomos
- (2004): *Greater Middle East: geopolitische Grundlinien im Nahen und Mittleren Osten*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 6/2004, 683–694
- Putnam, Robert* (1988): *Diplomacy and domestic politics: the logic of two-level games*, in: *International Organization* 42 (3), 427–460
- Rashwan, Dīaa* (Hrsg.) (2007): *The spectrum of Islamist movements*, Berlin: Hans Schiler Verlag
- Rosati, Jerel* (1994): *Foreign policy restructuring: how governments respond to global change*, Columbia, SC: University of South Carolina Press
- Rosenau, James N.* (1966): *Pre-theories and theories of foreign policy*, in: Barry Farrell (Hrsg.), *Approaches to comparative and international politics*, Evanston, Ill.: Northwestern University Press, 27–92
- Rumpf, Christian / Udo Steinbach* (2004): *Das politische System der Türkei*, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.), *Die politischen Systeme Osteuropas*, Opladen: UTB, 847–886
- Schimmelfennig, Frank / Ulrich Sedelmeier* (2005): *Introduction: conceptualizing the Europeanization of Central and Eastern Europe*, in: Frank Schimmelfennig / Ulrich Sedelmeier (Hrsg.), *The Europeanization of Central and Eastern Europe*, Ithaca, NY: Cornell University Press, 1–28
- Schönbohm, Wulf Eberhard* (2003): *Die neue türkische Regierungspartei AKP – islamistisch oder islamisch-demokratisch?*, in: *Auslandsinformationen der Konrad-Adenauer-Stiftung* 3/2003, 4–20
- Seufert, Günter* (2000): *Die türkische Gesellschaft im Umbruch: die Schwierigkeit eine Gesellschaft von oben zu verändern*, in: *Der Bürger im Staat* 50 (1), 19–26
- (2002): *Neue pro-islamische Parteien in der Türkei*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP-Studie 2002/S 06)
- (2004): *Staat und Islam in der Türkei*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP-Studie 2004/S 29)
- (2005): *Vom Außenposten des Westens zum regionalen Akteur: das neue Selbstbewusstsein der Türkei*, in: *Das Parlament* vom 08.08.2005, 32–33
- Seufert, Günter / Kubaseck, Christopher* (2006): *Die Türkei: Politik, Geschichte, Kultur*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- Simsek, Sefa* (2004): *The transformation of civil society in Turkey: from quantity to quality*, in: *Turkish Studies* 5 (3), 46–74

- Stamm, Andreas* (2004): Schwellen- und Ankerländer als Akteure einer globalen Partnerschaft, Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (Discussion Paper 1/2004)
- Stein, Kenneth W.* (1997): Politische Instabilitäten im Nahen Osten, in: Angelika Volle / Werner Weidenfeld (Hrsg.), *Frieden im Nahen Osten? Chancen, Gefahren, Perspektiven*, Bonn: Verlag für Internationale Politik, 44–51
- Synder, Richard C.* (1952): The nature of foreign policy, in: *Social Science* 27 (2), 61–69
- Synder, Richard C. / Henry W. Bruck / Burton Sapin* (1954): Decision-making as an approach to the study of international politics, Princeton, NJ: Organizational Behavior Section
- Tayfur, Fatih* (2005): Dış Politika, in: Atila Eralp (Hrsg.), *Devlet ve Ötesi: Uluslararası İlişkilerde Temel Kavramlar*, İstanbul: İletişim Yayınları, 73–106
- Tocci, Nathalie* (2005): Europeanization in Turkey: trigger or anchor for reform, in: *South European Society and Politics* 10 (1), 71–81
- Tosun, Ramazan* (2002): Atatürk'ün Türk Tarih Tezi, in: *Ata Dergisi* 10, 231–234
- Türkiye Barolar Birliği* (Hrsg.) (2001): Türkiye Cumhuriyeti Anayasa Önerisi, Ankara: Türkiye Barolar Birliği
- Türkiye Odalar ve Borsalar Birliği* (Hrsg.) (2000): Siyasi Partiler ve Seçim Kanunları Önerisi, Ankara: Türkiye Odalar ve Borsalar Birliği
- (2004): Avrupa Birliği ile İlişkilerde Özel Sektör ve Sivil Toplum Örgütlerinin Rolü, İzmir: Türkiye Odalar ve Borsalar Birliği
- Türköne, Mümtazer* (1994): Siyasi İdeoloji Olarak İslamcılığın Doğuşu, İstanbul: İletişim Yayınevi
- TÜSIAD (Türk Sanayicileri ve İşadamları Derneği)* (Hrsg.) (1997): Türkiye'de Demokratikleşme Perspektifleri, İstanbul: Türk Sanayicileri ve İşadamları Derneği
- (1999): Türkiye'de Demokratik Standartların Yükseltilmesi: Tartışmalar ve Son Gelişmeler, İstanbul: Türk Sanayicileri ve İşadamları Derneği
- (2001): Türkiye'de Demokratikleşme Perspektifleri ve “AB Kopenhag Siyasal Kriterleri”: Görüşler ve Öncelikler Nr. 1: Siyasal Partiler, İstanbul: Türk Sanayicileri ve İşadamları Derneği
- Ulusoy, Kivan* (2007): Turkey's reform effort reconsidered, 1987-2004, in: *Democratization* 14 (3), 472–490
- Warweg, Florian* (2006): Eliten in der vergleichenden Politikwissenschaft, in: Harald Barrios / Christoph Stefes (Hrsg.), *Einführung in die Comparative Politics*, München: Oldenbourg, 154–168
- Yavuz, M. Hakan* (2003): Islamic political identity in Turkey, New York: Oxford University Press
- Yavuz, M. Hakan / John L. Esposito* (Hrsg.) (1996): Turkish Islam and the Secular State: the Gülen Movement, New York: Syracuse University Press
- Yavuz, M. Hakan / Nihat Ali Özcan* (2006): The Kurdish question and Turkey's justice and development party, in: *Middle East Policy* XIII (1), 102–119
- Yazıcıoğlu, Ümit* (2005): Erwartungen und Probleme hinsichtlich der Integrationsfrage der Türkei in die Europäische Union, Berlin: Tenea
- Yılmaz, Hakan* (2006): Türkiye'de Muhafazakârlık: Aile, Din, Batı: İlk Sonuçlar Üzerine Genel Değerlendirme, İstanbul; online: [http://www.emekdunyasi.net/upload/data/File/OSI-Conservatism-Sunus-Yorumlar\(1\).pdf](http://www.emekdunyasi.net/upload/data/File/OSI-Conservatism-Sunus-Yorumlar(1).pdf) (Stand: 20.07.2007)

Publikationen des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik

Nomos Verlagsgesellschaft

- Messner, Dirk / Imme Scholz* (Hrsg.): *Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik*, 410 S., Nomos, Baden-Baden 2004, ISBN 3-8329-1005-0
- Neubert, Susanne / Waltina Scheumann / Annette van Edig, / Walter Huppert* (Hrsg.): *Integriertes Wasserressourcen-Management (IWRM): Ein Konzept in die Praxis überführen*, 314 S., Nomos, Baden-Baden 2004, ISBN 3-8329-1111-1
- Brandt, Hartmut / Uwe Otzen*: *Armutorientierte landwirtschaftliche und ländliche Entwicklung*, 342 S., Nomos, Baden-Baden 2004, ISBN 3-8329-0555-3
- Liebig, Klaus*: *Internationale Regulierung geistiger Eigentumsrechte und Wissenserwerb in Entwicklungsländern: Eine ökonomische Analyse*, 233 S., Nomos, Baden-Baden 2007, ISBN 978-3-8329-2379-2 (Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik 1)
- Schlumberger, Oliver*: *Autoritarismus in der arabischen Welt: Ursachen, Trends und internationale Demokratieförderung*, 225 S., Nomos, Baden-Baden 2008, ISBN 978-3-8329-3114-8 (Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik 2)
- Qualmann, Regine*: *South Africa's Reintegration into World and Regional Markets: Trade Liberalization and Emerging Patterns of Specialization in the Post-Apartheid Era*, 206 S., Nomos, Baden-Baden 2008, ISBN 978-3-8329-2995-4 (Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik 3)
- Loewe, Markus*: *Soziale Sicherung, informeller Sektor und das Potenzial von Kleinstversicherungen*, 221 S., Nomos, Baden-Baden 2009, ISBN 978-3-8329-4017-1 (Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik 4)

[zu beziehen über den Buchhandel]

Book Series with Routledge

- Brandt, Hartmut / Uwe Otzen*: *Poverty Orientated Agricultural and Rural Development*, 342 S., Routledge, London 2007, ISBN 978-0-415-36853-7 (Studies in Development and Society 12)
- Krause, Matthias*: *The Political Economy of Water and Sanitation*, 282 S., Routledge, New York 2009, ISBN 978-0-415-99489-7 (Studies in Development and Society 20)

[zu beziehen über den Buchhandel]

Springer-Verlag

- Scheumann, Waltina / Susanne Neubert / Martin Kipping* (Hrsg.): *Water Politics and Development Cooperation: Local Power Plays and Global Governance*, 416 S., Berlin 2008, ISBN 978-3-540-76706-0

[zu beziehen über den Buchhandel]

Berichte und Gutachten

[Schutzgebühr: 9,63 Euro; zu beziehen direkt beim DIE oder über den Buchhandel.
Diese Schriftenreihe des DIE wurde eingestellt und ab November 2004 durch die neue
Schriftenreihe „*Studies*“ ersetzt.]

Studies

- 44 *Haldenwang, Christian von et al.*: Administración Tributaria municipal en el contexto del proceso de descentralización en el Perú : los Servicios de Administración Tributaria (SAT), 141 S., Bonn 2009, ISBN 978-3-88985-480-3 (Deutsche Ausgabe: ISBN 978-3-88985-378-3 – Studies 42)
- 43 *Altenburg, Tilman et al.*: Biodiesel in India: Value chain organisation and policy options for rural development, 139 S., Bonn 2009, ISBN 978-3-88985-379-0
- 42 *Haldenwang, Christian von et al.*: Kommunale Steuerverwaltung im Kontext des peruanischen Dezentralisierungsprozesses: Das Modell der semi-autonomen Steueragenturen, 141 S., Bonn 2008, ISBN 978-3-88985-378-3 (Spanische Ausgabe: ISBN 978-3-88985-380-3 – Studies 44)
- 41 Richerzhagen, *Carmen et al.*: Energy Efficiency in Buildings in China: Policies, barriers and opportunities, 121 S., Bonn 2008, ISBN 978-3-88985-377-6
- 40 *Lundsgaarde, Erik*: Building Long-Term Scenarios for Development: The methodological state of the art with an application to foreign direct investment in Africa, 107 S., Bonn 2008, ISBN 978-3-88985-376-9
- 39 *Kosow, Hannah / Robert Gafner*: Methods of Future and Scenario Analysis: Overview, assessment, and selection criteria, 120 S., Bonn 2008, ISBN 978-3-88985-375-2
- 38 *Klingebiel, Stephan et al.*: Donor Contribution to the Strengthening of the African Peace and Security Architecture, 124 S., Bonn 2008, ISBN 978-3-88985-373-8

[Schutzgebühr: 10,00 Euro; zu beziehen direkt beim DIE oder über den Buchhandel]

Discussion Paper

- 4/2009 *Schmidt, Lars*: REDD from an Integrated Perspective: Considering overall climate change mitigation, biodiversity conservation and equity issues, 43 S., Bonn 2009, ISBN 3-88985-452-0
- 3/2009 *Müller, Christoph*: Climate Change Impact on Sub-Saharan Africa: An overview and analysis of scenarios and models, 47 S., Bonn 2009, ISBN 3-88985-451-3
- 2/2009 *Leininger, Julia*: Think big! Zukunftsperspektiven der internationalen Gipfelarchitektur – die G20, G8, G5 und der Heiligendamm-Dialogprozess, 44 S., Bonn 2009, ISBN 3-88985-456-8
- 1/2009 *Fröhlich, Kathrin / Bernd Lämmlin*: Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland : Studie zum entwicklungspolitischen Engagement deutscher Städte, Gemeinden und Landkreise, 157 S., Bonn 2009, ISBN 978-3-88985-419-3
- 25/2008 *Misch, Florian / Peter Wolff*: The Returns on Public Investment : Concepts, evidence and *policy* challenges, 27 S., Bonn 2008, ISBN 978-3-88985-450-6

[Schutzgebühr: 6,00 Euro; zu beziehen direkt beim DIE oder über den Buchhandel]

Eine vollständige Auflistung erhältlichlicher Publikationen des DIE finden Sie unter:

<http://www.die-gdi.de>

